

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 42

SONNTAG, 1. April 1934

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:
Zeichnet Kriegsanleihe!
Ins Zuchthaus für die Freiheit
Was kostet Hitlers braunes Heer?
Kriegsgewinnler heute und morgen

Das Schicksal der Mark

Sperrmark fällt — Wann folgt die Binnenmark? — Schwere Krise der Reichsbank

Am 1. April beginnt das neue Etatjahr. Wir haben von Anfang an hier darauf hingewiesen, daß erst von diesem Zeitpunkt an, dann aber auch mit steigender Intensität sich die finanziellen Schwierigkeiten zeigen werden. Freilich offiziell darf darüber nichts gesagt werden. Die deutsche Budgetgebarung ist völlig undurchsichtig geworden, sie ist überhaupt ein einzig dastehender Skandal. Selbst im faschistischen Italien wird das Budget vollständig veröffentlicht, der Kammer unterbreitet, in der Kommission beraten und so oberflächlich und beengt diese Beratungen sind, so eingeschränkt und nahezu wirkungslos die Kritik bleibt, eine gewisse Information der Öffentlichkeit ist doch vorhanden. Einnahmen und Ausgaben sind halbwegs bekannt und das in letzter Zeit sich rasch vermehrende Defizit bleibt nicht verborgen.

In Hitlerdeutschland aber ist der Etat von vornherein dadurch gefälscht, daß die wichtigsten Ausgaben — die Summen für Arbeitsbeschaffung und Kriegsrüstungen — zum größten Teil nicht im Etat erscheinen, sondern durch Wechselreiterer finanziert werden, deren Ausmaß absichtlich verschleiert wird.

Dabei findet eine Veröffentlichung des gesamten Etats überhaupt nicht mehr statt und der Himmel weiß, wann diesmal jener „Finanzielle Ueberblick“ beschert sein wird, der wenigstens die großen Posten des Reichshaushalts enthielt und in der „liberalistisch-marxistischen“ Ära zur Erkennung der Bilanzwahrheit Erhebliches leistete.

Diesmal werden wir mit der kurzen Mitteilung abgespeist, daß der Etat ausgeglichen ist. Darauf waren wir natürlich gefaßt, da ja beliebig große Ausgabesummen seit der neuen Finanzgebarung jederzeit aus dem Etat herausgenommen werden können. Nun war der neue Etat nach der Angabe des Reichsfinanzministeriums im letzten „Finanziellen Ueberblick“, der im August 1933 erschienen war, mit 917 Millionen vorbelastet. Man hätte also wohl einige Angaben darüber erwarten können, wie denn das Gleichgewicht hergestellt wird. Kein Wort davon! Auf Treu und Glauben sollen wir hinnehmen, daß der neue Etat mit rund 6,4 Milliarden Reichsmark in Einnahme und Ausgabe balanciert. Das bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung der Einnahmen und Ausgaben um je rund 500 Millionen. Nun sind bereits im Laufe des Jahres 1933 eine Reihe Steuerermäßigungen durchgeführt worden. Zugleich mit dem Etat hat das Kabinett auch ein Gesetz verabschiedet, das die Arbeitslosenhilfe ermäßigte. Diese erbrachte im letzten Etatjahre 530 Millionen; sie wird jetzt um 300 Millionen gesenkt. Auf der anderen Seite sind 150 Millionen für neue Ehestandsdarlehen in den Etat eingesetzt. Rechnet man nun diese beiden Posten zu den 917 Millionen Vorbelastung hinzu, so ergibt sich, daß für 1367 Millionen ein Ausgleich zu schaffen war.

Es müssen also die Ausgaben um rund 800 Millionen gesenkt worden sein, die ja im offiziellen Etat nur um 500 Millionen erhöht erscheinen. Aber welche Ausgaben können es sein?

Die Ausgaben für die Arbeits-

losenfürsorge sind bereits im Etat 1933 um 485 Millionen gegenüber 1932 gesenkt worden. Da wird sich auch bei den niederträchtigsten Vorgehen nicht mehr allzuviel machen lassen. Bleibt als großer und beeinflussbarer Ausgabeposten nur der für Kriegsbeschädigtenrenten, Kriegsteilnehmerbeihilfen und Ruhgelder übrig. Sollte da etwas in Aussicht stehen? Und woher sollen die 800 Millionen Mehreinnahmen fließen, da ja die Steuern mit Ausnahme der neueingeführten Fettsteuer nicht erhöht wurden (nur daß sie nach Wegfall der Steuergutscheine jetzt wieder in alter Höhe wirksam werden)?

Einige buchmäßige Manipulationen (deutsch: Schiebungen) sind allerdings möglich. In der schlimmen marxistischen Ära wurden für Schuldentilgung jährlich 420 Millionen in den Etat eingestellt. Der erste nationalsozialistische Etat verminderte diese Summe auf 100 Millionen. Vielleicht sind jetzt diese auch gestrichen worden? Durch eine andere Maßnahme wird die ohnehin unzureichende Rücklage für die Garantie der Exportkredite und die Fonds für die Tilgung der Neubestanzanleihe aufgehoben. Diese Anleihe wird durch Auslosung getilgt und die Tilgungsbeträge wachsen im Laufe der Jahre. Für die wachsenden Erfordernisse der kommenden Jahre wurde der Fonds angesammelt, um künftige Belastungen des Etats zu vermeiden. Mit dieser soliden Politik wird jetzt gebrochen. Die 300 bis 400 Millionen, die dadurch zwar nicht frei, aber freigemacht werden, werden vielleicht in den Etat eingestellt — ein buchmäßiger Ausgleich vielleicht auf diese Weise erzielt auf Kosten der folgenden Jahre. Die Wertpapiere, die in den Fonds liegen, sind zwar schwer verkäuflich, aber vielleicht können sie der Reichsbank als Notendeckung angebracht werden. Denn dieser Finanzpolitik ist nichts mehr unmöglich. Aber wozu uns den Kopf zerbrechen? Der Etat ist im Gleichgewicht. Hier ist ein Wunder, glaubet nur und nur ein Narr wartet

auf Antwort — eventuell im Konzentrationslager!

Aber während die Verelendung der Reichsfinanzen ein chronischer Prozeß ist, dessen Wirkung zwar unaufhaltsam, aber erst allmählich eintritt, ist die Gefahr, die aus der Situation der Reichsbank entspringt, um so akuter.

Sie beunruhigt in rasch steigendem Maße die deutschen und ausländischen Wirtschaftskreise. Der große Reklamefeldzug, den Hitler in Unterhaching begonnen hat, bleibt wirkungslos. Was nützt die schönste Fabrikation von Wechseln, die ja nur in inländische Noten verwandelt werden können, wenn kein Gold und keine Devisen vorhanden sind, um die nötigsten Rohstoffe dem Ausland bezahlen zu können. Und während Hitler unermüdlich Milliarden aus dem Nichts zur Arbeitslosenbeschaffung kommandiert, ordnet Schacht die immer stärkere Drosselung der Einfuhr an. Die Devisenzuteilungen für die Einfuhr sind jetzt von 45 Prozent im März auf 35 Prozent im April herabgesetzt worden. Darüber hinaus wird die Einfuhr wichtigster Rohstoffe von nun an kontrolliert und eingeschränkt. Zunächst werden „Ueberwachungsstellen“ für die Einfuhr von Baumwolle, Wolle und Bastfasern eingerichtet und „zunächst“ der Einkauf der in Frage kommenden Rohstoffe und Halbfabrikate im Ausland vollständig verboten. Wie lange das „zunächst“ dauern wird, weiß „zunächst“ niemand — und was wird aus der Beschäftigung der Textilindustrie, wenn ihr die Zufuhr von Baumwolle und Wolle gesperrt wird? Was wird aus dem Export der Garne, Gewebe und der Konfektion, diesen bedeutenden Posten der deutschen Ausfuhr? Und wie lange kann dieser Zustand der Selbstblockade, zu dem die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik geführt hat, denn überhaupt ertragen werden, da die Drosselung der unentbehrlichen Einfuhr von selbst auch die Fertigwarenproduktion und ihre Ausfuhr drosselt?

Deshalb die Frage, was soll aus dieser Währung werden die eine Binnenwährung und Papierwährung geworden ist?

Im Auslande glaubt man nicht mehr, daß ihre Aufrechterhaltung möglich ist und der Londoner „Economist“ erklärt in einem bitterbösen Artikel über die deutschen Wirtschaftsmethoden die Abwertung der Mark ebenso für unvermeidlich, wie die „Neue Züricher Zeitung“. Diese Auffassung glaubt ihre Bestätigung darin zu finden, daß das Disagio für Sperrmark rapide ansteigt, um 17 Prozent im Anfang Januar, auf 33 Prozent gegenwärtig.

Aber man vergißt, daß auch die Devaluation, die Entwertung der Mark kein Heilmittel ist. Sie würde zwar eine neue empfindliche Lohnsenkung, einen neuen Raub an den Renten und den Spargeldern der kleinen Leute bedeuten, aber das Wirtschaftspröblem nicht lösen. Denn die ausländischen Rohstoffe müssen voll in Gold bezahlt werden und der Export würde andererseits nicht wesentlich steigen. Denn er ist ja jetzt schon zu einem großen Teil Dumpingexport, der von der im Ausland entwerteten Mark profitiert. Ein noch stärkeres Dumping durch inländische Markentwertung aber würde recht bald auf Gegenmaßnahmen der betroffenen Länder stoßen, um so mehr, da die doch geprellten Gläubiger nach der unausbleiblichen Zahlungseinstellung Deutschlands weder den Willen noch die Macht haben werden, solche Gegenmaßnahmen zu verhindern.

Die Frage steht aber nicht mehr so, ob die Devaluation zweckmäßig ist, sondern, ob sie unausbleiblich wird. Und da läßt sich nur sagen: Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik hat die deutsche Mark im Auslande um mehr als ein Drittel entwertet; die deutsche Finanzpolitik tut alles, um auch die Entwertung im Innern herbeizuführen!

Dr. Richard Kern.

„Zeichnet Kriegsanleihe!“

Aber keine künftige Regierung wird die Schulden bezahlen!

Der Ernst der deutschen Finanzlage rückt drinnen und draußen immer mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Nachdem die Feste verrauscht, die Begeisterung verfliegen ist, beherrscht den Mann auf der Straße in Deutschland dieselbe bange Frage, wie im Kriege:

Wer wird das alles bezahlen?

Und dieselbe Frage stellen draußen so angesehene Weltblätter wie die „Times“, die sich erst kürzlich in einem längeren Artikel mit dem Stand der deutschen Finanzen beschäftigt hat.

Wer bezahlt das alles?

Wer bezahlt

die Arbeitsbeschaffung, die 750 Millionen, die noch in diesem Jahre für die neuen Autobahnen gebraucht werden, die 900 Millionen Reparaturzuschüsse für die Hausbesitzer, die hunderte von Millionen für Kanalisation, Meliorationen, für Landgewinnung, Urbarmachung

von Oedländereien und ähnlichen Arbeiten von höchst zweifelhaftem wirtschaftlichen Wert?

Wer bezahlt

die ganze Aufrüstung? Die Unterhaltung der SA und SS, der Arbeitsdienstlager, der Luftschutzorganisationen, des Luft-„Sport“-Verbandes?

Wer bezahlt

die Riesenorganisation der NSDAP selbst, die doch jetzt vom Gauleiter bis zum letzten Blockwart auf Grund der neuen Reichsgesetzgebung zur öffentlichen Verwaltung gerechnet werden muß?

Wer bezahlt

das neue Reichspropagandaministerium mit seinem über das ganze Land gespannten Verwaltungsnetz?

Wer bezahlt

alle die Aufmärsche und Feste, die es veranstaltet, und die gewaltige Auslandspropaganda, für die die kostbaren Devisen in Dutzenden von Millionen über die Grenzen geworfen wer-

den? Wer bezahlt den neuen Reichsnährstand und wer wird die neuzuschaffende ständische Organisation der Wirtschaft bezahlen?

Wer bezahlt das alles? — Diese Frage ist schließlich so vernehmlich gestellt worden, daß selbst Hitler sie nicht mehr überhören konnte. Hat er sie aber beantwortet? — Im Gegenteil. Nach seinem alten bewährten Rezept hat er den Versuch gemacht, sie zum Verstummen zu bringen. In seiner Rede in Unterhaching hat er sich gerühmt, daß es ihm gelungen sei, „die finanzielle Lage des Reichs, der Länder und der Kommunen entscheidend zu verbessern und in Ordnung zu bringen.“ Aber nicht nur das — „gewaltige Millionenbeträge“ hätten außerdem schon zur Steuersenkung gedient und würden noch weiter dazu dienen.

Wenige Tage später aber hielt der Reichsfinanzminister von Schwerin-Krosigk in Münster in Westfalen einen Vortrag über: „Öffentliche Finanzen und Wirtschaft“, in dem er nicht mit derselben Schaumschlägerei der Frage nach der Bezahlung all der riesigen

Ausgaben aus dem Wege gehen konnte. Nicht ohne Spitze gegen den „Führer“ sagte er sogar: „Ich drücke mich gar nicht vor dieser Frage, sondern will sie absolut klar beantworten.“

Das Geld zur Bezahlung aller Arbeitsbeschaffungsprogramme wird gepumpt.

Diesem Pump nehme ich durchaus nicht leicht, sondern erkenne durchaus an, welche schwere Vorbelastung für künftige Jahre darin liegt.“ Und dann gab er zum ersten Male offen zu — worauf wir seit Monaten immer wieder hingewiesen haben — wie lawinenartig die Schulden des Dritten Reichs angewachsen sind und weiter anwachsen: 4 Milliarden sind allein an Steuergutscheinen für die Arbeitsbeschaffungsaktion 1933 ausgegeben worden, 2 Milliarden Schulden sind noch aus früheren Jahren abzudecken. Weitere 1½ bis 2 Milliarden sollen zur Finanzierung der Arbeitsbeschaffung 1934 neu gepumpt werden.

Das also ist die vorläufige finanzielle Bilanz der Diktatur:

In wenigen Monaten schwellen die Schulden des Reichs auf 8 Milliarden an.

Und das ist nur das, was an Pumpwirtschaft zugegeben wird — wieviel aber wird verschwiegen? Wie steht es mit den Schulden der Länder und Gemeinden? Was kostet Görings Geheime Staatspolizei? Was kosten die kleinen und kleinsten Lokalgruppen der NSDAP mit ihrem aufgeblasenen Aktivitätsdrang? Welche Summen verschlingt die Korruption landauf, landab? — Das hat Herr v. Krosigk nicht gesagt und vielleicht weiß er es nicht einmal.

Wie lange wird diese Pumpwirtschaft noch fortgesetzt werden können?

Wie lange kann die Reichsbank die Wechselreiterei noch betreiben?

Wird man in Zukunft mit den „Spenden“, diesem neuen raffiniert ausgeklügelten System der Massenbelastung ebenso hunderte von Millionen herauspressen können wie in den letzten Monaten? Schon muß Prinz Auwi persönlich auf der Straße für die SA betteln, aber die Zugkraft dieser Attraktion hört auch einmal auf. Was dann?

Dann wird nichts übrig bleiben, als den Pump neu zu organisieren. Deshalb das neue Anleiheprojekt. Welchen tönenden Namen man auch für diese Anleihe erfinden wird — sie wird nur eine andere Form der Massenbelastung darstellen. Nach dem bewährten Muster des russischen Bolschewismus, aber zu anderen Zwecken, wird man die Arbeiter verpflichten, einen Prozentsatz ihrer kärglichen Löhne zu zeichnen und gleich durch den Arbeitgeber abführen zu lassen — bei der Arbeitsspende ist dieses Verfahren ja schon mit Erfolg geübt worden.

Denn wer wird diese Anleihe freiwillig zeichnen wollen? Sieht sie nicht der Kriegsanleihe verzweifelt ähnlich? Wird sie nicht von einer Regierung aufgelegt, die in der Lage ist, die leichtfertige Pumpwirtschaft des Systems Helferich noch zu übertreffen? Und wen das Schicksal der Kriegsanleihe nicht mehr schrecken sollte — das Volk vergißt schnell — muß er sich nicht sagen, daß diese Anleihe nach dem Sturz Hitlers ein wertloser Haufen Papier sein wird?

Keine künftige deutsche Regierung wird sich verpflichtet halten, die Kosten der verbrecherischen Finanzpolitik der Despotie zu bezahlen. Keine wird sich in der Lage sehen, neben all dem Schutt, der dann anzuräumen sein wird, auch noch die Schulden der Nazi-diktatur zu begleichen!

Das ist die finanzielle Situation Deutschlands, die Herr v. Krosigk, wie er selbst sagte, nicht schlafen läßt, von der er aber nur den kleinsten Teil zugeben hat. Die Frage: Wer bezahlt das alles? wird nun nicht mehr verstummen. Diese Frage wird die Massen der Nazlanhänger zum ersten Mal wieder zum Nachdenken zwingen.

Kubes Theatergardisten

Herr Kube, der wortgewaltige Nazi-Oberpräsident der Mark Brandenburg, hat bekanntlich auch ein Theaterstück geschrieben: „Totila“ bekannt, das so erhehend dumm gemacht ist, daß es, was seine unwillkürliche Komik angeht, nicht ohne Theaterwirkung bleibt.

Ueber diesen „Totila“ plaudert nun die „Westfälische Landeszeitung“ in folgender anmutiger Form:

„Urewiges Germanentum, felsentrotzender Heroismus, beherter Heldenmut atmet aus dem Werk. Dieses Stück verlangt Schauspieler von mitreißender Gestaltungskraft und gardemäbigem Wuchs...“

Die „Jungen Kerls“ auf den braunen Brettern! Totila, Volksausgabe für Ueberlebensgroße!

Im Dienste der Freiheit verurteilt

Der zweite Massenprozeß in Dresden wegen Verbreitung des »Neuen Vorwärts«

Das Dresdner Sondergericht unter dem Vorsitz des Landesgerichtsdirektors Friesicke hat am 23. März abermals 52 Angeklagte wegen Verbreitung des „Neuen Vorwärts“ und wegen geheimer Fortführung der Sozialdemokratischen Partei zu schweren Strafen verurteilt.

Von den Hauptangeklagten erhielten: Hans Baum und Kurt Breitmann je 2 Jahre 8 Monate Zuchthaus, Kühne, Lips, Rapp, Rodewicz je zwei Jahre 3 Monate Zuchthaus.

Die übrigen Angeklagten erhielten Gefängnisstrafen bis zu einem Jahre 8 Monaten. Der Angeklagte Wendt erhielt drei Monate Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft verbüßt waren. Er wurde jedoch nicht freigelassen, sondern sofort in Schutzhaft genommen.

Die Anklage deckte sich mit der des ersten Dresdner Massenprozesses, über den wir berichtet haben. Die Angeklagten gehörten zu den Gruppen Johannstadt und Neustadt.

Der Hauptangeklagte Baum erklärte, er habe als überzeugter Demokrat gegen die Diktatur gearbeitet. Er gab zu, daß Beiträge an ihn abgeführt worden seien. Diese Beiträge

seien jedoch nur für die politischen Gefangenen und deren Familien verwendet worden.

Breitmann bekannte sich ebenfalls zur Arbeit für Freiheit und Demokratie. Die Sozialdemokraten Landgraf und Genossen, die das Tabakgeschäft zur Deckung der politischen Arbeit geführt hätten, seien Ehrenmänner, die ihre Person für die Sache der Wiederherstellung der Demokratie eingesetzt hätten. Breitmann entlastete im übrigen die anderen Angeklagten.

Alle Angeklagten benahmen sich frei und sprachen miteinander. Ihr Auftreten vor Gericht war bis auf verschwindende Ausnahmen selbstbewußt.

Der Staatsanwalt bezeichnete die Aussagen und die Verteidigung von Baum als „den Gipfel marxistischer Verlogenheit und Verworfenheit“. Er beschränkte sich lediglich darauf, die Anklage zu verlesen und die Strafankträge bekanntzugeben, denen das Gericht im wesentlichen folgte.

Im Schlußwort bekannte sich der Angeklagte Breitmann laut zum Marxismus.

Die Friesicke und Genossen, die Richter des Dritten Reichs, haben sich als Henkersknechte der Despotie gegen die Kämpfer für die Freiheit betätigt. Ihr Urteil schreckt die Kämpfer für Freiheit

und Sozialismus nicht — aber es wird eines Tages auf die Richter selbst zurückfallen. Eine solche Justiz wird mit all ihren Bediensteten auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen werden — mit samt der Lüge vom Recht in der Despotie!

Drei Mitstreiter aus Schleswig-Holstein

Vor dem III. Strafsenat des Kammergerichtes in Berlin unter dem Vorsitz des Kammergerichtsrates Wilhelmy wurde ein Hochverratsprozeß gegen den früheren Hauswart der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Flensburg, Max Funke, den Kutscher Hans Hansen aus Tastrup und den Arbeiter Fritz Linnert-Rundhøj durchgeführt. Sie wurden beschuldigt, den „Neuen Vorwärts“ in Schleswig-Holstein verbreitet zu haben.

Das Kammergericht verurteilte Funke zu drei Jahren Zuchthaus, Hansen zu zwei Jahren Gefängnis, Linnert zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis.

Wir grüßen unsere wackeren Mitstreiter. Ihre Opfer werden Ihnen nicht vergessen werden.

Die Internationale an Wien:

Beudegeuß den österreichischen Helden!

Das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale hat am 24. u. 25. März in Paris getagt. Es nahm einen ausführlichen Bericht des Vertreters der österreichischen Sozialdemokratie über die Ereignisse in Wien entgegen und faßte eine Entschliebung, in der es heißt:

„Das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, zu einer Sitzung versammelt in Paris am 24. und 25. März, übermittelt den österreichischen Arbeitern, die den Kampf für die Freiheit geführt haben, den Ausdruck seiner Solidarität und Bewunderung und gedenkt mit tiefer Ehrerbietung der Opfer der Wiener Kommune und der Helden, die mit dem Rufe „Es lebe die Internationale“ in den Tod gingen. Und bewegten Herzens sendet das Büro seine brüderlichen Grüße allen Kameraden, die jetzt in den Kerkern der österreichischen Diktatur schmachten. Der heldenmütige Widerstand der österreichischen Sozialdemokraten wird für immer einen Ehrenplatz in der Geschichte der Freiheitskämpfe einnehmen!“

Die derzeitige österreichische Regierung, die durch ihre dauernden unerträglichen Provokationen und durch die Unterdrückung der Verfassung und aller Freiheiten allein die Verantwortung für das vergossene Blut trägt, bleibt für ewig gebrandmarkt.

Die Kanonen des Faschismus haben die Werke zorträmmert, die der konstruktive demokratische Sozialismus geschaffen hatte und die die Bewunderung der ganzen Welt erregten. Nun handelt es sich darum, unter anderen Formen den revolutionären Kampf für die Freiheit und für die Eroberung der Macht zu führen.

Darum ruft die Internationale den Arbeitern Oesterreichs zu: Habet Dank für euer Opfer! Bleibet einig, wachsam und treu! Hütet euch vor falschen Freunden und mißachtet die Verräter, Macht dem Vermächtnis eurer Märtyrer Ehre! Die Arbeiter aller Länder sind mit euch!“

Die Kommission über den Parteistreit in Frankreich ist zu dem Ergebnis gekommen, daß eine Intervention unter den gegenwärtigen Bedingungen keinerlei günstige Ergebnisse bringen könnte. Ein Aufnahmegeruch der Neosozialisten in die SAI fällt in die Kompetenz der Exekutive. Für Deutschland nahm der Genosse Crummenerl an der Sitzung teil.

Tagung der Jugend-Internationale

Am 23. März trat in Lüttich das Büro der Sozialistischen Jugend-Internationale zu einer Sitzung zusammen.

Der Sekretär, Genosse Ollenhauer, erstattete den Bericht über die Tätigkeit des Sekretariats der Sozialistischen Jugend-Internationale im Jahre 1933. Der Bericht des Se-

kretariats wurde vom Büro einstimmig genehmigt.

In eingehenden Beratungen wurde das Programm des dritten internationalen Sozialistischen Jugendtreffens in Lüttich festgelegt. Das Interesse für die Beschickung dieser Tagung ist in allen Ländern sehr groß. In der Woche vor dem Jugendtreffen veranstaltete die Internationale Sozialistische Studentenföderation eine internationale Studienwoche in Lüttich.

Ueber die Lage der sozialistischen Jugendbewegung in Oesterreich und Deutschland berichteten die Mitglieder des Büros aus diesen Ländern. An den heldenhaften Kämpfen der österreichischen Arbeiterschaft hat die sozialistische Jugend hervorragenden Anteil genommen, und sie steht auch jetzt in den vordersten Reihen bei der Fortführung

des Kampfes unter den veränderten Verhältnissen. Der Vorsitzende der Sozialistischen Jugend-Internationale, Genosse Vortink, dankte den österreichischen Genossen im Namen der Internationale für ihre vorbildliche und anopferungsvolle Haltung im Kampfe um die Freiheit der österreichischen Arbeiterklasse.

Das Büro nahm ferner in der Frage des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit der Jugend eine Entschliebung an.

Im Anschluß an das internationale Jugendtreffen in Lüttich wird die diesjährige Sitzung des Exekutivkomitees stattfinden. Neben den aktuellen politischen und wirtschaftlichen Fragen wird in dieser Sitzung auch über Termin und Ort des im Jahre 1935 fälligen internationalen Sozialistischen Jugendkongresses verhandelt und beschlossen werden.

Wankende Vertrauensbasis

Eine geheime Denkschrift von Professor Sering

Das Erbhofgesetz des Nichtwissers Darré hat auf dem Lande ungeheure Verwirrung angerichtet. In der Reichsregierung sieht man mit wachsender Besorgnis der weiteren Entwicklung auf dem Lande entgegen. In diese nervöse Stimmung ist eine geheime Denkschrift des bekannten Agrarwissenschaftlers Professor Sering wie eine Bombe hineingeplatzt. Sering greift in dieser Denkschrift das Erbhofrecht heftig an, er spricht von einer Versklavung der nachgeborenen Söhne und Töchter. Erteilung und Verschuldung seien bisher Antriebe für die Intensivierung und Modernisierung, wie für eine allgemeine Steigerung der Anstrengungen der Kleinlandwirtschaft gewesen, das

Erbhofgesetz jedoch führe zu Stillstand und Rückgang.

Ueber diese Denkschrift ist ein heftiger Streit entstanden. Die Stellung Darrés, der von Hitler heftige Vorwürfe hinnehmen mußte, gilt seitdem als erschüttert. Es kommt hinzu, daß fast täglich aus allen Teilen Deutschlands Berichte über das Anwachsen der Erregung der Bauern bei der Regierung einlaufen, und daß man das Auftreten der ernstesten Schwierigkeiten erst noch erwartet. Ein sehr bekannter Landgroßkaufmann hat in einer Besprechung im Ministerium glatt erklärt, daß man von einer Vertrauensbasis der Regierung auf dem Lande nicht mehr sprechen könne.

Ein treuer Diener seiner Herren

Der Arbeitsfront-Ley hat nach der Veröffentlichung des Gesetzes über die Wirtschaftsführung an den Reichswirtschaftsminister Schmitt ein serviles Telegramm geschickt. Der Ley hat von diesem Gesetz — durch die Zeitung erfahren! Das ist bezeichnend für die Wertschätzung, die der sogenannten Arbeitsfront von den Herren der Wirtschaft und von ihrer Regierung entgegengebracht wird. Die Unternehmer diktieren und die Arbeiter haben nichts zu sagen! Der Ley ist zwar ein brauner Oberbonze, aber als „Chef der Arbeitsfront“ darf nicht einmal er mitreden!

Dafür lobt er das Schmittsche Gesetz als „notwendige Ergänzung“ zum „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit“. Notwendige Ergänzung insofern, als es den Klassenkampfcharakter und die Unternehmerrückwärtsentwicklung noch stärker unterstreicht.

Wenn der Ley aber dann das Gesetz als Vollendung des ständischen Aufbaues lobhudelt, so werden über dieser dreisten Lüge auch den Dummsten die Augen aufgehen! Der „ständische Aufbau“ besteht darin, daß die Arbeiter das Maul zu halten haben, während die Unternehmer kommandieren und der Ley als Chef der Arbeitsfront jenes Maß von Servilität den Unternehmern gegenüber offenbart, das die Unternehmer den Arbeitern gerne einprägen lassen möchten.

Mutter Schlesiens Gefährde

Ein rasch veralteter Kalender

Man schreibt uns aus Schlesien:

Es war in den letzten Jahren schon Tradition geworden, daß mir der „Weihnachtsmann“ einen Jahresschein brachte, also jenes Tagesverzeichnis, das weniger romantische Leute noch immer Kalender zu nennen pflegen. Ich freute mich deshalb zunächst, als mir der „Jahresschein für Schlesien 1934“ auch zu dieser Wintersonnenwende geschickt wurde. Ja, ich freute mich zunächst, denn bald sollte bei näherer Betrachtung dieses im Verlage von Rudolf Schneider, Markersdorf-Zittau, von Helmut Niepel, Holzkiel, Quets, herausgegebenen Kalenders der Freude über die heimlichen Städtebilder und Landschaften, der Unwille, die Ablehnung, folgen. Zunächst war ich schon einigmaßen dadurch überrascht worden, daß in Deutschland noch überhaupt irgend ein Druckerzeugnis hergestellt werden konnte, ohne daß es mit dem Hakenkreuz „geschmückt“ worden wäre. Die einleitenden Worte aber, die der wackere Herr Niepel dem Kalender vorausschickt, sie ersetzen das Hakenkreuz hundertfach. Hier die ersten Sätze dieses Ergusses:

Wir erleben

mit immer stärker und freudiger schlagen dem Herzen des deutschen Volkes Aufstiege aus Zerrissenheit und Glaubensnacht,

Wir erschauen

die von unseren Führern verkündete, in ersten großen Taten sich andeutende Zukunft,

und wissen

in ihrem reinen Willen und begnadeten Können und ihrem Glauben an unser Volk und seine Sendung unsere umdrohte Heimat, auch über den Grenzen, sicher gehalten.

Immer mehr befreit

öffnen sich uns die mächtigen Quellen unseres Stammlandes.

Die würdelose Verhimmelung von „unseren Führern“ ist ebenso widerwärtig, wie die Phrase von der „umdrohten Heimat“ blanker Unsinn ist, denn weder Polen noch die Tschechoslowakei hatten oder haben irgend welche Angriffsabsichten auf Deutschland, insbesondere auf Schlesien. Zu diesem Unsinn paßt

dann auch völlig die auf einem der Kalenderblätter beigefügte Kartenskizze, die dartun soll, wie die „umdrohte Heimat“ sich nach Ansicht des Herausgebers darstellt, wie er „Die Gefahrenlage Oberschlesiens und Niederschlesiens“ zu sehen vorgibt. Der wackere Mann begnügt sich aber nicht allein mit einem Kartenbild, auf dem Kalenderblatt der fünften Woche des Jahres 1934, auch ein Dichter auf dem Blatt der sechsten Woche wird noch bemüht, ein Heimatdichter. Er gab im schlesischen Gebirgsdialekt diese Verse von sich:

„Mutter“ sprich ber über dich,

do weßt, wies mit uns stieht:

Der Mutter wünscht ma is Beste,

und wenn ma veterba meißt,

wenns ok ihr gutt gieht . . .

Und wenn de Mutter jitze ei

Gefoahr ihs und ei Bedrängnis kimm,

nagelt?

Bir Kinder halia, olles woas de woahr ihs!

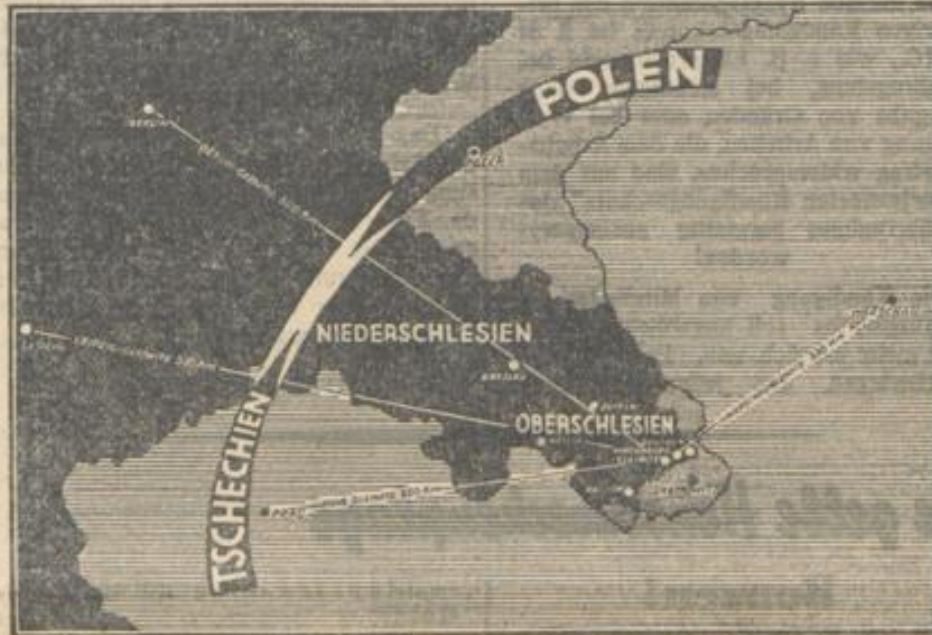
A Lumpe, spreche ich, dam das nich kloar

ihs,

doß ar zur Mutter hält.

Also auch in dieser sogenannten Heimatdichtung wird von polnischer Seite drohende

Kriegsgefahr gespenstisch an die Wand gemalt. Diese Psychose wurde auch in den vergangenen Jahren in Schlesien durch rechtsradikale Kreise bewußt ins Volk getragen und wach gehalten, so daß z. B. in Breslau geradezu fantastische Vorstellungen über diese angebliche polnische Kriegsgefahr bestanden, die durch Stahlholmaufmärsche in der schlesischen Hauptstadt ihren „besonderen“ Ausdruck fanden. Auch dieser Herr Niepel stand bei der Herausgabe seines Kalenders noch in der Front derjenigen, die dem Volke einen nahe bevorstehenden deutsch-polnischen Krieg vorgaukelten. Was wird Herr Niepel wohl im nächsten Jahr in seinem Kalender schreiben, nachdem der von ihm so gepriesene Führer durch Abschluß des Freundschaftsvertrages mit Polen einen ganz anderen Kurs eingeschlagen hat? Nun ist die Mutter Schlesiens wohl auf einmal „befreit“ und in Sicherheit und von dem verlorenen Oberschlesien darf nicht gesprochen werden, obgleich doch dort wohl die „mächtigsten Quellen unseres Stammlandes“, nämlich die Wirtschaftsquellen, liegen, die nun durch Hitlers Ost-Locarno preisgegeben wurden.



Die Gefahrenlage Oberschlesiens und Niederschlesiens

Emigranten und Sozialansprüche

Eine Aufgabe des Flüchtlingskommissars

Die Emigration hat für Arbeiter und Angestellte besondere Probleme aufgeworfen. Ihre Ersparnisse sind „festgefroren“. Sie waren der Sozialversicherung unterworfen. Wenn sie schon rentenberechtigt sind, wird ihre Rente nur unter bestimmten Voraussetzungen ins Ausland überwiesen. Wenn sie noch nicht rentenberechtigt sind, so müssen sie ihre Anwartschaft in Deutschland aufrechterhalten und bei Eintritt des Versicherungsfalles in Deutschland sein. Davon gibt es nur wenige Ausnahmen. Sonst sind die eingezahlten Beiträge verloren. Eine Rückzahlung eingezahlter Beiträge gibt es nicht, sie gehen für den Versicherten verloren. Die folgende Darstellung der Rechtslage kann vielleicht nützlich sein.

1. Rentenberechtigte Auswanderer.

Rentenberechtigten Auswanderern kann die Rente ins Ausland überwiesen werden, wenn sie der zuständigen Versicherungsbehörde ihren Aufenthalt im Ausland mitteilen. Wer Renten aus der Angestelltenversicherung bezieht, bedarf der Zustimmung des Rentenausschusses für den Aufenthalt im Ausland. Die Reichsknappschaft und die Unfallberufsgenossenschaften können Rentenberechtigten, die dauernd im Ausland wohnen mit einem Kapital, das dem Wert der ihnen zustehenden Leistungen entspricht, abfinden. Bei der Unfallversicherung entspricht der Betrag dem dreifachen Betrag der Jahresrente. Unfallverletzte und Invalide haben sich auf Verlangen regelmäßig bei den deutschen Behörden zu melden und auf ihren Zustand untersuchen zu lassen. Der Reichszuschuß zur Invalidenversicherung wird ins Ausland nicht gezahlt. Nur ins Saargebiet und auf Grund eines deutsch-polnischen Vertrages nach Polen. Für Auswanderer nach der Tschechoslowakei und für Angestellte und Bergarbeiter, die nach Südslawien und Oesterreich auswandern, sind auf Grund von Gegenseitigkeitsverträgen die Bestimmungen über die Abfin-

dung außer Kraft gesetzt. Ausländer sind für die hier angeführten Bestimmungen inländern gleichgestellt.

Eine devisenrechtliche Genehmigung für die Uebertragung von Renten ins Ausland ist nicht erforderlich.

2. Erhaltung der Anwartschaft.

Die Erhaltung der Anwartschaft hat nur Sinn für die Alters- und Invaliden-, die knappschaftliche Pensions- und die Angestelltenversicherung.

Deutschland hat mit Oesterreich, Polen und Südslawien und der Tschechoslowakei Gegenseitigkeitsverträge über die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung abgeschlossen, und mit dem Saargebiet eine Abrede über sie getroffen. Diese Verträge gelten in Oesterreich und Südslawien mangels entsprechender Gesetze in diesen Ländern nicht für Arbeiter im allgemeinen, sondern nur für Angestellte und Bergarbeiter, im Saargebiet, in der Tschechoslowakei und in Polen für alle Versicherten.

Nach den Verträgen werden den Versicherten, die in einem der beiden vertragsschließenden Länder zurückgelegten Beitragszeiten für die Berechnung der Wartezeit und der Anwartschaft zusammengerechnet. Die Zusammenrechnung erfolgt auch für die Zeit der Beitragsleistung, die vor dem Inkrafttreten der Verträge liegt. Wenn der Versicherungsfall eintritt, stellen die Behörden der beiden Länder die Voraussetzung für die Rentengewährung selbständig fest. Sie zahlen, wenn sie den Eintritt des Risikos bejahen, den Teil der Rente, der nach der bei ihrer Versicherung zurückgelegten Beitragszeit auf sie entfällt, in der Höhe, die ihren Gesetzen entspricht. In Polen und der Tschechoslowakei werden dieselben Ersatzzeiten berechnet wie in Deutschland (Kriegsdienst, Krankheit, Rentenbezug, Arbeitslosigkeit). In Oesterreich gelten Krankheit und Rentenbezug als Ersatzzeiten, die übrigen regeln sich wie auch nach der Abrede mit dem

Saargebiet nach innerstaatlichem Recht. Reichszuschüsse und Grundbeiträge werden nach dem Rentenanteil von jedem Lande getragen. Nach den Verträgen mit Oesterreich und Südslawien und der Abrede mit dem Saargebiet von dem Land, in dem der Berechtigte seinen Wohnsitz hat. Nach den Verträgen und der Abrede mit dem Saargebiet kann sich ein versicherter Auswanderer, der in Deutschland versichert gewesen ist, in Oesterreich, Polen und Südslawien und dem Saargebiet freiwillig weiterversichern, ohne in diesen Ländern pflichtversichert gewesen zu sein, nicht dagegen in der Tschechoslowakei.

Die Verträge haben hauptsächlich Bedeutung, wenn die Auswanderer in den Gegenseitigkeits-Ländern Arbeit finden. Ausgewanderte können sich in Deutschland freiwillig weiterversichern. Aber das hat nur für die einen Sinn, die glauben, einmal wieder ungestört in Deutschland leben zu können.

Für die meisten Auswanderer scheinen also bisher die Leistungen an die deutsche Sozialversicherung verloren zu sein. Auch die Rentenübertragung ins Ausland ist durchaus unsicher bei der Stellung der deutschen Behörden zu Emigranten. Der Völkerbund hat im Herbst einen Kommissar zur Hilfe für deutsche Flüchtlinge bestellt. Lange hat man nichts von ihm gehört. Er fände eine dankbare Aufgabe, deutschen Flüchtlingen zu ihrem Recht zu verhelfen, wenn er die Rentenübertragung sicherstellte und die von den Flüchtlingen an die Sozialversicherung geleisteten Beiträge für sie retten könnte.

Friedensgrüße nach Frankreich

Hitler hat der französischen Republik einen Nichtangriffspakt angeboten. Göring hat von der deutsch-französischen Verständigung geredet. Die Westfälische Landeszeitung, amtliches Organ der NSDAP Nr. 76 macht die Begleitmusik dazu. Sie erzählt den Franzosen ausführlich von der Beschießung von Paris durch ein deutsches Ferngeschütz im März 1918. 34 Meter lang war das Geschützrohr, 6 Zentner wog die Ladung, 2 1/2 Zentner das Geschöß:

„185 Treffer zählten die Franzosen in Paris vom 23. März bis zum 1. Mai 1918, und 104 vom 27. Mai bis 11. Juni. In einem Bereich von drei Kilometer Breite und fünfzehn Kilometer Tiefe saß mitten im Stadtkern Schuß an Schuß. Diese moralische Wirkung auf die französische Hauptstadt war außerordentlich.“

Am besten hätte Hitler seinen Vorschlag eines Nichtangriffspaktes gleich mit einem Ferngeschütz mitten nach Paris hinein geschossen! Wenn diese Demonstration der deutschen Friedensliebe nicht genügt, der findet in derselben Zeitung eine sinnvolle Aufzählung beliebter deutscher Bücher: „Die Stürmer vom Donaumont — Vorgessene deutsche Waffentaten — Sieger in 44 Luftschlachten — Rüstung und Abrüstung — Deutschland greift über den Äquator.“

Es lebe der Frieden!

Gegen Kaas und Dr. Heim

„Hochverrat von Zentrum und Bayerischer Volkspartei“

In Walter Baumeisters Nationalverlag, Berlin-Charlottenburg, hat ein gewisser F. Walther Iiges ein Buch erscheinen lassen: „Hochverrat von Zentrum und Bayerischer Volkspartei, 1918—1933. Die geplante Aufteilung Deutschlands. Enthüllungen über die französisch-bayerischen Pläne zur Aufteilung des deutschen Reiches und Errichtung eines Donaustaaten-Bundes.“

Das Buch wird vom Verlag als „eine politische Sensation ersten Ranges“ angekündigt und weiter wird gesagt:

Auf der Anklagebank sitzen die Führer des Zentrums und der Bayer. Volkspartei. Die Zusammenarbeit des Bauern doktors Dr. Heim, des Prälaten Kaas mit den Separatistenlumpen Dorten, Mathes usw. wird hier zum erstenmal restlos aufgedeckt. Das Buch enthält den Landesverrat der Schwarzen, den großzügigsten Versuch von Volks- und Hochverrat, der je in der Geschichte vorgekommen ist. Wenn das Volk das ungeheure Verbrechen der schwarzen Verräter einmal ganz durchschaut hat, wird der Tag kommen, an dem es die Heim und Konsorten über die Grenze jagt. Das Buch Walter Iiges ist die geeignetste Waffe, die letzte Dosis schwarzen Giftes aus unserem deutschen Volke für immer und ewig auszutreiben.

Es ist unter den heutigen Verhältnissen natürlich ganz ausgeschlossen, daß sich die angegriffenen Zentrumsführer zur Wehr setzen. Sie sind in dieser Beziehung mit den Führern aller anderen Parteien — selbst die Deutschnationalen nicht ausgenommen — „gleichgeschaltet“. Der alte deutsche Rechtsgrundsatz „Eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede, du sollst sie hören alle beide“ ist aufgehoben. Lumpenhunde regieren, Ehrenmänner sind Freiwillig.

Außenpolitischer Betriebsunfall

„Wir sind Deutsche, gleichviel ob Minderheit oder Mehrheit, und als Deutsche sind wir die besten! Wenn in ganz Polen nur zwei Deutsche wohnen würden, so wären sie mehr als die Millionen Polen, denn sie sind eben Deutsche!“

Wilhelm Stapel

in „Der christliche Staatsmann“.

Nicht so laut, lieber Herr Stapel! Damit es die Polen nicht hören.

Führer und Rassehund

In „Wild und Hund“ Nr. 12, vom 23. 3. 1934, finden sich die folgenden geheimnisvollen Ankündigungen:

„10. Juni, Schwennungen, Rassehundeschau mit Führer!“

„10. Mai, Dortmund: Rassehundeschau mit Führer!“

Also der Führer soll auch auf der Hundeschau gezeigt werden? In Deutschland ist halt alles auf den Rassehund gekommen!

Hetzjuden lügen

Nazi sind sichtlich entrüstet.

Die „Lügenabwehrstelle der NSDAP“ erklärt die Behauptung, in Deutschland werde zur Zeit ein neuer Boykott jüdischer Geschäfte durchgeführt, für eine „Hetzlüge“ der amerikanischen „Hetzjuden“ Untermeyer und Dickstein.

Schön, aber was war dann der große Judenboykott vom 1. April 1933? Und was sind die nationalsozialistischen Blätter, die heute noch täglich zur Boykottierung, zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aechtung aller nicht rassenreinen Arier auffordern?

Sie sind unermüdliche Lieferanten von Grenznachrichten und darum, mit der Lügenabwehrstelle der NSDAP zu reden, „Exponenten des internationalen Judentums.“

Ein braunes Vorgespiel zum ersten Mai

Vom Betriebsrat der Belegschaft zum Vertrauensrat des Unternehmers

Kündigungsschutz nach dem 1. Mai

Am 1. Mai 1934 soll das Versklavungsgesetz zur „Ordnung“ der nationalen Arbeit in Kraft treten und damit soll der letzte Rest des deutschen Arbeitsrechts unter dem üblichen Festgeheul der Nazis hinweggefegt werden. Das fundamentale Recht der Belegschaften, wie es im Betriebsrätegesetz und in den Verordnungen über die Vertretungen der Betriebsräte im Aufsichtsrat und über die Vorlegung der Betriebsbilanz — bestanden hat, wird aufgehoben. Deutlicher denn je kommt zum Ausdruck, daß eine soziale Entwicklung, die nahezu ein halbes Jahrhundert bis weit in die Vorkriegszeit zurückgreift, zur Rückbildung gebracht werden soll.

Schon im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts waren in der deutschen Gewerbeordnung und in einzelnen Landesgesetzen die ersten Ansätze zur Bildung von Arbeiterausschüssen gegeben. Im Hilfsdienstgesetz von 1916 waren die Arbeiter- und Angestelltenausschüsse obligatorisch gemacht worden. Schließlich erfolgte die gesetzliche Verankerung im Betriebsrätegesetz von 1920, das den Arbeitnehmern einmal die sozialpolitische Interessenvertretung gegenüber dem Unternehmertum gewährleistete, zum anderen aber auch den Anfang einer betriebswirtschaftlichen Kontrolle bildete.

Im Dritten Reich, das angeblich die soziale Ehre des Arbeiters retten will,

wird zum „Feiertag der Arbeit“ jedes Minimum von Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten zerstört.

Es ist nicht wahr, daß der bisherige Betriebsrat durch einen Vertrauensrat ersetzt werden soll. Der tiefere Wahrheitsgehalt der Hitlerschen Maßproklamation 1934 ist vielmehr, daß der Betriebsrat der Arbeiter und Angestellten zerschlagen wird. Dagegen soll der Unternehmer zur Unterdrückung und Zersetzung seiner Gefolgschaft eine besondere gesetzlich anerkannte Lakaienrolle zur Verfügung haben.

Mit Wirkung vom 1. Mai wird der Lohn lediglich auf der Grundlage einzelbetrieblicher Regelung

gefunden werden, um so die letzten Schranken einer hemmungslosen Ausbeutung des Lohnarbeiters niederzureißen. Es gibt dann in Deutschland keine Tarifverträge mehr. Annähernd 12 Millionen Menschen werden ihrer kollektiven Tarifrechte beraubt, die Lohnsätze vom Unternehmer oder vom Treuhänder der Kapitalisten festgesetzt.

Das Wahlverfahren des sogenannten Vertrauensrates ist offenkundiger Betrug. Die Belegschaft soll zwar in geheimer Wahl über eine Kandidatenliste entscheiden. Diese Liste enthält aber keine Vorschläge der Arbeitnehmer, sondern solche des Unternehmers und des Obmannes der Nazibetriebszelle. Die Belegschaft darf die Liste annehmen oder ablehnen. Im Falle der Ablehnung erfolgt die Berufung durch den Treuhänder.

Die Belegschaft erhält den Vertrauensrat des Unternehmers aufoktroiert.

Um den Propagandaschwindel zu vollenden, wird als Auftakt zum 1. Mai 1934 Märchen vom erhöhten Kündigungsschutz in tausend Variationen verbreitet, als wäre den deutschen Arbeitssklaven nach dem 1. Mai ihr Arbeitsplatz gesichert.

Arbeiter und Angestellte können, so wird verkündet, nach einjähriger Betriebszugehörigkeit im Falle der Kündigung binnen 2 Wochen beim Arbeitsgericht auf Widerruf der Kündigung klagen. Die Errungenschaft soll darin bestehen, daß das bisherige Einspruchsrecht durch den Anspruch auf Klagemöglichkeit ersetzt worden sei. Die braunen Gesetzesmacher verschweigen dabei, daß das Antragsrecht an das Arbeitsgericht an zwei Voraussetzungen gebunden ist. Der Gekündigte kann nämlich nur klagen, wenn die Kündigung durch die Lage des Betriebes bedingt ist und wenn sie eine unbillige Härte darstellt. Diese beiden Voraussetzungen sind

aus dem § 84 des Betriebsrätegesetzes abgeschrieben,

in dem das Einspruchsrecht bei Kündi-

gungen geregelt war. Es kommt aber hinzu, daß künftig eine solche Klage ausgeschlossen ist, wenn die Kündigung auf der Betriebsordnung beruht, bei deren Gestaltung die Belegschaft wiederum völlig ausgeschaltet ist. Außerdem muß in den Betrieben, die einen Vertrauensrat haben, (mindestens 10 Beschäftigte), dieser eine Bescheinigung geben, daß die Frage der Weiterbeschäftigung im Vertrauensrat „erfolgreich beraten“ worden ist. Der Anspruch auf Widerruf der Kündigung steht demnach auf dem Papier, denn Unternehmer, Vertrauensrat und Treuhänder handeln als die natürlichen Gegner des gekündigten Arbeiters oder Angestellten.

Für Entlassungen in größerer Anzahl soll der Unternehmer verpflichtet werden, dem Treuhänder unter Einhaltung einer vierwöchentlichen Sperrfrist vorher Anzeige zu erstatten. Auch hier waren die Bestimmungen der Stilllegungsverordnung, die am 1. Mai außer Kraft gesetzt wird, wesentlich weitergehend.

Alle übrigen Rechtsgarantien des bisherigen Kündigungsschutzes im § 84 BRG., wie z. B. Einspruchsrecht bei Maßregelung, bei Kündigung ohne Angabe von Gründen oder bei Weigerung von Arbeiten, die dem Arbeitsvertrag widersprechen, sind aus dem „verbesserten Kündigungsschutz“ des Hitlerregimes sorgfältig ausgemerzt worden!

Die Kündigung von Mitgliedern des Vertrauensrates soll angeblich überhaupt nicht mehr möglich sein. Es wird jedoch verschwiegen, daß jeder Kündigungs-

schutz des Vertrauensrates in demselben Augenblick erlischt, in dem er vom Treuhänder der Arbeit von seinem Amte abberufen wird. Vielleicht wagt eine Belegschaft das Experiment, den Vertrauensrat zu veranlassen, auch nur in einem Falle ihre Arbeitnehmerinteressen wahrzunehmen, der Vertrauensrat hätte dann Gelegenheit, außerhalb des Betriebes über die Tücken dieses Kündigungsschutzes nachzudenken.

Aber schließlich bedeutet ja eine Klage auf Widerruf der Kündigung in keiner Weise die versprochene Verlängerung der Kündigungsfristen der Arbeiter. Der einzige Kündigungsschutz, der noch besteht, liegt im § 122 der Reichsgewerbeordnung, die unter den „Systemparteien“ geschaffen worden war und noch nicht aufgehoben ist. Danach hat der Arbeiter eine 14tägige Kündigungsfrist. „Die größere Sicherheit“ zur Erhaltung des Arbeitsplatzes besteht also nur darin, daß den Arbeitern die Wahrnehmung ihrer in der Gewerbeordnung gegebenen Rechte durch das neue Sklavengesetz nicht mehr gewährleistet ist. An die Stelle der Rechtssicherheit ist die Willkür des Führers getreten.

Das ist die Mai-Gabe Adolf Hitlers an die Arbeiter! Sie wird ihnen Veranlassung geben, nachzudenken darüber, was der Erste Mai früher für sie war und was er jetzt ist. Die befohlenen und erzwungenen Heilrufe werden auch dieses Mal ertönen. Aber der heute noch gedämpfte Protest wird wachsen:

Unheil Hitler!

Die gelbe Heuschreckenplage

Bonzen!

Wie es jetzt in den Gewerkschaftsverbänden aussieht

Die Mitglieder der Verbände zahlen nach wie vor Beiträge. Streikunterstützungen und Arbeitslosenunterstützungen werden nicht mehr gezahlt. Wo bleibt das Geld? Es fließt einem ständig wachsenden Heer von braunen Gewerkschaftsbeamten zu! Wie ein Heuschreckenschwarm haben sich die braunen Anwärter auf die Gewerkschaften gestürzt und fressen die Kassen kahl! Hier sind neue Beispiele für das unheimliche Anwachsen dieses Bonzenschwarmes.

In den Verbänden wurden Angestellte beschäftigt:

	früher	jetzt
Lugau (DMV)	2	4
Wurzen (DMV)	3	4
Bautzen (DMV)	2	5
Leipzig (DMV)	22	35
Dresden (DMV) mit Radeberg	30	53
Frankfurt (DMV) OV u. Bezirksleitung	8	16
Gießen (DMV)	1	6
Limburg	1	2
Riesa-Großenhain (DMV)	5	8
Freiburg i. Sa.	1	3
Döbeln	2	3
Erfurt (Gesamtverband Bezirksleitung)	2	10
Erfurt (Gesamtverband Ortsverwaltg.)	2	10

Zur Korruption im Großen kommen Lumpereien im Kleinen. In Altenburg wurde die Kasse der Kreisleitung des DMV Ende Januar geprüft und sie soll angeblich gestimmt haben. Am anderen Tag fand man den im Dienst ergrauten strammen 24jährigen Kassierer Richter erschossen. Einen Nachruf hat er bisher von der trauernden Verbandsleitung nicht erhalten!

Bonzen saufen Sekt!

So etwas liest man wortwörtlich in der Hitler-Presse:

„Der Veranstalter war der deutsche Automobil-Klub?“

„Zusammen mit dem Nationalsozialistischen Kraftfahrer-Korps..“

„Wahrscheinlich habt ihr lange in Dahlem gefeiert?“

„Etwas spät ist es ja geworden...“

„Sehr nette Leute, Musik, ein bißchen Tanz...“

„Ein paar Flaschen Kupferberg Gold?“

„Natürlich! Aber erstens ist ja der Kupferberg jetzt nach der Aufhebung der Steuer durchaus erschwinglich und außerdem bekommt er immer glänzend —!“

Er bekommt ihnen sogar ausgezeichnet, den braunen Bonzen. Vorerst wenigstens noch. Bis die betrogenen Massen eines Tages mit diesen einzigartigen „Sozialisten“ abfahren werden, daß ihnen neben Hören und Sehen auch die Lust nach dem „durchaus erschwinglichen“ Kupferberg-Gold vergeht!

Aus Bayern

Der 43jährige geschiedene Spengler Ludwig Dietl von hier wurde am 3. März von der hiesigen Polizei wegen Verbreitung von unwarren Gerüchten über das Konzentrationslager in Dachau, festgenommen und in das hiesige Landesgerichtsgefängnis eingeliefert. Die Schutzhaft muß erst geklärt werden.

Bayr. Ostwacht, 6. März.

Auf Anordnung des Stadtkommissars für Schwandorf wurde der Hilfsarbeiter Josef Knerer am 7. März 1934 wegen Beleidigung des Arbeitsdienstes u. a. in Schutzhaft genommen und in das hiesige landgerichtliche Ausburghilfsgefängnis eingeliefert.

Bayr. Ostwacht, 10. März.

Am Freitag abend kurz nach 9 Uhr versuchte sich in seiner Zelle im hiesigen Gerichtsgefängnis der verheiratete 33jährige Maurer und Schutzhaftgefangene Max Rott aus Kelheim mit einer Reslerklinge die Pulsader der linken Hand zu öffnen. Der Selbstmordkandidat wurde aber noch rechtzeitig gesehen. Mit dem sog. Zeiserlswagen wurde er im verletzten Zustande in das Krankenhaus der Barmherzigen Brüder gebracht. Rott, der vom Juni bis Dezember 1933 schon im Konzentrationslager Dachau war, sollte am heutigen Samstag nach dort gebracht werden.

Bayr. Ostwacht, 10. März.

Auf Veranlassung der hiesigen politischen Polizei wurde am Freitag vormittags der verheiratete 38jährige Maler Frz. Xaver Bumes von Regensburg-Stadtamhof wegen abfälliger und beleidigender Äußerungen über die Reichsregierung, den Reichskanzler und der NSDAP in Schutzhaft ge-

nommen und in das hiesige Landesgerichtsgefängnis eingeliefert.

Bayr. Ostwacht, 10. März.

Hof. (Schutzhaft.) Wegen Verbreitung ehrenrühriger unwahrer Gerüchte über führende Persönlichkeiten der NSDAP in Hof wurden der verheiratete Sattler Hans Dobeneck und der Praktikant Frisch von Hof in Schutzhaft genommen.

Bayr. Volkszeitung, 12. März.

In Dietfurt wurde der Bauer Josef Waffler von Oberbürg in Schutzhaft genommen, weil er sich in äußerst aufreizender und hetzerischer Weise über das Erbhofgesetz geäußert hatte.

Bayr. Volksztg., 13. März.

Mitterteich. (In Schutzhaft genommen) wurde der 28jährige verheiratete Hilfsarbeiter V. Wühl, da er sich am Biertisch zu beleidigenden Äußerungen gegen die Reichsregierung hinreißen ließ.

Bayr. Volksztg., 14. März.

Die wirklichen Sympathien, die man in den Kreisen der ehemaligen Bay. Volkspartei unserer Bewegung entgegenbringt, erhellten blütartig aus einem Vorkommnis, das sich gestern im Pfarrhaus St. Heinrich in Fürth abgespielt hat.

Die Haushälterin in jenem Pfarrhaus, eine gewisse Cäcilie Müller, erlaubte sich im Laufe einer Unterredung eine Bemerkung gegen unseren obersten Führer, die wir nicht wörtlich ausdrücken wollen.

Eine derartige Gesinnung bedeutet wirklich den Höhepunkt der Unverschämtheit. Wir haben zu unserer Freude erfahren, daß die Angelegenheit auch schon in den Händen der politischen Polizei ist und sehen einer exemplarischen Bestrafung der Cäcilie Müller entgegen.

Fränk. Tageszeitung, 15. März.

Cäcilie Müller bereits in Schutzhaft. In unserer gestrigen Ausgabe hatten wir unsere Entrüstung ausgesprochen über eine Äußerung der Haushälterin des Pfarrhauses von St. Heinrich. Heute können wir mitteilen, daß die Haushälterin Cäcilie Müller bereits gestern in Schutzhaft genommen wurde.

So wird es in Zukunft allen ergehen, die ihr freches Mundwerk zur Beleidigung unseres Führers aufum. Wer den Führer beleidigt, beleidigt das deutsche Volk.

Fränk. Tagesztg., 16. März.

Liebe Leser!

Zwingende Gründe, denen ich mich nicht verschließen konnte, bestimmen mich, die begonnene Artikelserie „Religiöses Führertum im Zeichen der Mitra“ zu unterbrechen.

Dr. Speckner.

Bayr. Volksztg. (Organ der Bayer. Volkspartei), 10. März.

Mehr Selbstmorde!

Wie oft hat Hitler in seinen großen Friedensreden die deutsche Selbstmordstatistik erwähnt? Schuld an den vielen Selbstmorden seit 1918 war natürlich Versailler Vertrag plus Marxismus. Man hätte also annehmen dürfen, daß nun im Dritten Reich das Leben zu schön ist, um es saft zu kriegen.

Nun finden wir im „Reichsgesundheitsblatt“, das dem Reichsinnenminister Frick untersteht, vom 21. Februar 1934 folgende Ziffern über die in den deutschen Großstädten mit 100 000 und mehr Einwohnern gezählten Selbstmorde:

Januar 1933 445

Januar 1934 477

Das ist amtliche Gneuelpropaganda: Ein Jahr Hitlerregime und die Selbstmorde nehmen nicht ab, sondern zu.

Auch sonst enthält die vom Reichsgesundheitsamt herausgegebene Veröffentlichung beachtenswerte Ziffern zur deutschen Bevölkerungsentwicklung in letzter Zeit. Als erstes haben es die neudeutschen Beglückter erreicht, daß die Zahl der geschlossenen Ehen von 7691 im Januar 1933 auf 11 728 im Januar 1934 angewachsen ist. Die andere Seite der „Regeneration des deutschen Volkes“ sieht so aus: 1. die Zahl der Totgeborenen stieg in der erwähnten Vergleichszeit von 523 auf 576; 2. die Zahl der Gestorbenen im ersten Lebensjahr (ohne Totgeborene) erhöhte sich von 1330 auf 1467; 3. statt 335 Frühgeburten im Januar 1933, weist die amtliche Statistik 377 für Januar 1934 aus.

Wer diktiert dem Diktator?

Der Klassencharakter der braunen Herrschaft

Die Nationalsozialisten schwören mit Leidenschaft, daß ihr Regiment die Ueberwindung jeder Klassenherrschaft, insbesondere auch der kapitalistischen Klassenherrschaft über die Arbeiter sei. Hitler hat den Arbeitern zugerufen, er sei ihnen der „Garant“ dafür, daß mit der Abschaffung ihrer politischen und wirtschaftlichen Rechte keinerlei Bedrückung der Arbeiter durch die Kapitalistenklasse eintreten werde.

Aber wer garantiert Hitler? Oder stellen wir die Frage genauer: Könnte Hitler, selbst wenn er das ernsthaft wollte, bei dem jetzigen Stand der Dinge die Arbeiter durch seine Person vor der Ausbeutung und Bedrückung des Kapitalismus schützen?

Hitlers äußere staatspolitische Machtstellung läßt sich am ehesten mit der eines absoluten Fürsten des achtzehnten Jahrhunderts vergleichen. Aber wie aus dem stolzen „Der Staat bin ich!“ eines Ludwig XIV. oft ganz falsche Schlüsse auf das gezogen worden sind, was ein absoluter König in Wirklichkeit tun und lassen konnte, so wäre es ähnlich verfehlt, aus der absoluten Führerstellung Hitlers den Glauben an seine innerpolitische Allmacht abzuleiten.

Schiller hat eine ganz große dramatische Szene geschrieben, in der er seinem Marquis Posa vor dem König Philipp niederknien läßt mit dem Rufe: „Sir, geben Sie Gedankenfreiheit!“ Auf Tiefblickende wirkt der knieende Freiheitsschwärmer leicht lächerlich, da meint, man brauche leicht nur der Seele des absoluten Herrschers zu bemächtigen, um den absoluten Staat in seinen Grundfesten umwälzen zu können. Marquis Posa ist ein weltfremder Utopist, ganz gleich, ob er seine Hoffnungen auf Philipp oder auf Carlos setzt: Wenn Philipp nicht den Carlos ermorden, sondern ein Regiment Posa etablieren würde, so wäre er höchstwahrscheinlich am Schluß selber der Ermordete.

Der absolute Herrscher des achtzehnten Jahrhunderts war keineswegs der Mann, der alles konnte, was ihm beliebte, sondern er war der Exponent der Klassenherrschaft des Adels, in Frankreich, Spanien und anderen katholischen Ländern, auch der mit dem Adel eng versippten Geistlichkeit. Daß die in Wirklichkeit herrschende Schicht dem König in seiner Vorstellung jeden Willen ließ, daß sie ihm Willkür und Liederlichkeit bei der Befriedigung privater Gelüste im weitesten Maße erlaubte, war nur die stillschweigende Gegenleistung dafür, daß der König in allen entscheidenden politischen Fragen den Willen der Herrschicht befolgte und vor allem ihre Klassenherrschaft über die leibeigenen Bauern unangetastet ließ.

Ein Friedrich II. von Preußen, einer der geistig aufgeklärtesten Gestalten unter den absoluten Herrschern, hätte gewiß ähnlich behauptet, wie Hitler die Arbeiter zu schützen vorgibt, er schütze seine Bauern: schütze ihnen bei Mißernten und Kriegserverwüstung Saatgetreide, baue ihre zerstörten Wohnhäuser wieder auf, er habe im Falle des Müller Arnold dem Müller gegen den junkerlichen Grundherrn Recht gegeben und die anders urteilenden Richter ins Konzentrationslager — pardon, Richter ins Konzentrationslager — geschickt.

Alles recht: Aber daß ein vernünftiger Landwirt die Kuh, von deren Ertrag er lebt, gut pflegt und nicht duldet, daß sein roher Knecht durch Schläge das Tier ruiniert, ändert nichts an der Tatsache, daß der Bauer die Kuh, und nicht die Kuh den Bauern ausbeutet! Das Entscheidende ist folgendes: Friedrich, der die Schädlichkeit und Ueberlebtheit der Leibeigenschaft von weitem begriff, konnte ihre Milderung gleichwohl nur auf den ihm unterstehenden Staatsdomänen durchsetzen, vor dem adligen Gutshof endete dagegen die Macht dieses „absoluten“ Herr-

schers! Und schließlich war er es auch, der nach Ueberwindung der Nöte des siebenjährigen Krieges strenger als irgend einer seiner Vorfahren darauf sah, daß die Offiziersstellen der Armee und die höheren Verwaltungsposten ausschließlich dem Adel reserviert blieben!

Im allgemeinen war im absoluten Staat schon durch die Erziehung und ständige Umgebung des Monarchen dafür gesorgt, daß er streng in den Anschauungen des Adels aufwuchs und lebte, andere Anschauungen gar nicht, oder von vornherein mit dem Makel des Verdammungswürdigen behaftet, kennen lernte. Wo aber, seltener Fall, ein Monarch sich von den Anschauungen seiner Umgebung emanzipierte, da zeigte sich sofort wie politisch bedeutungslos seine persönliche Meinung blieb. Hat etwa der Atheismus, dem Friedrich II. huldigte, zum Siege des Atheismus in Preußen geführt? Nein, die Freigeistigkeit des Monarchen war eine ihm persönlich gestattete Laune. Die Orthodoxie herrschte auch unter dem Freunde Voltaires in Preußen. Friedrich selber würde den Vorschlag, seine Gottlosigkeit zur Staatseinrichtung zu erheben, sicher als den eines Wahnsinnigen betrachtet haben.

Caliban

Ist das Deutschland?

Mit der Seele eines Volkes steht es wie mit der des Einzelnen: sie ist im aufgeregten Zustande noch schwerer zu ergründen, als in normalen Zeiten. Und doch muß gerade der politische Mensch sie kennen, wenn er nicht an seiner Nation vorbei denken will. Schon deshalb lohnt es sich, Walter Rodes Buch „Deutschland ist Caliban“ (Europa Verlag Zürich) zu lesen. Es bedeutet nicht nur eine geistreiche, satirische Auseinandersetzung mit der Phrasologie und Amoralität des Dritten Reiches, sondern auch eine Fundgrube psychologischer Offenbarungen.

Caliban ist jener ungeschlachte, tierähnliche Inselsohn in Shakespeares Komödie „Der Sturm“, ist die personifizierte Wildheit, Treulosigkeit, Rohheit und Gehässigkeit. So erscheint Hitlerdeutschland einem großen Teil der Welt. Aber ist dies das deutsche Volk? Man weiß, wie Despoten die Wesenheit eines Volkes fälschen, wie die Zwangsjacke einer Diktatur das Antlitz einer Nation verzerren können. Das hat man in den letzten zehn Jahren an Italien hinreichend erlebt. In diesen Verzerrungen werden höchstens die Züge jener Schichten, Gruppen, Banden und Bonzerien offenbar, die sich der Herrschaft bemächtigt haben.

Und deren deutsches Bild sieht, durch Rodes Brille gesehen, so aus: Kein Volk rühmt seine Redlichkeit und Treue mit derart bewegtem Augenaufschlag, wie das deutsche, und doch gibt es nichts Treuloseres als jene NSDAP, der 17 Millionen Wähler zuströmten. Das Tierischste des braunen Hunnentums jedoch ist weder seine Untreue, noch sein Appell an den Sklavensinn, sondern jene tiefe Humorlosigkeit, die eine teutonische Spezialität zu sein scheint.

„Daß die Leute in Deutschland Hitlers musikalisches Schauerdrama pathetisch nehmen, statt sich vor Lachen auszuschütteln, beweist am besten ihre hoffnungslose Zurückgebliebenheit...“

Man bringt ihnen den Stechschritt wieder bei und redet ihnen ein, deutsch sein heiße zu marschieren, um zu marschieren. Bis der Marsch ins Blaue zum Kriegsmarsch ansart. Dabei bleibt das Freibeutertum aller politischen Konjunkturen mit obenauf, das Lumpenproletariat wie die Lumpenbourgeoisie, nämlich der Teil des Bürgertums, der nicht vom ehrsamem Berufsstand lebt, sondern von Gelegenheitsgeschäften, Berufshazard, kommerzieller Glückriterei. „Es ist kein Zufall, daß alle Lumpen auf der ganzen Erde für Hitler sind...“ Aus all diesen Mängeln, Gebrechen

und Hinternach zu Hitler. Hitlers persönliche Machtfülle mag, gemessen an den Beschränkungen, die eine Demokratie dem leitenden Staatsmann auferlegt, ungeheuer erscheinen, sie ist doch nicht größer als die eines Ludwig XIV. oder Friedrich II. Allerdings sind die Mächte, in deren Namen Hitler regiert, nicht so leicht zu übersehen, wie die hinter den Ludwigen und Friedrichen stehende adlige Sippschaft. Geschickte „Tarnung“ ist ja eines der Hauptmittel nationalsozialistischer Herrschaft. Aber man betrachte einmal klassenmäßig Hitlers nächste Umgebung, es ist ausgesprochenes Bürgertum mit feudalem Einschlag oder wurzelloses Abenteuerium mit militaristischen Neigungen. Heß, der in Aegypten geborene Sprößling eines Levante-Großkaufmanns, Göring, der Fliegeroffizier, Frick, der typische höhere Beamte, Göbbels, der Akademiker, Ley, der Chemiker, Epp, der General, ganz zu schweigen von den Coburger und Lippeschen Prinzen, dem Auwi und ähnlichen Reklame-Blaublütern, — es ist nicht ein einziger unter ihnen, der im Proletariat wurzelte. Und Hitler selber? Wer „Mein Kampf“ zu lesen weiß, der erkennt, daß Hitlers Kampf stets ein Kampf gegen seine proletarische Ab-

kunft, nicht für die proletarische Klasse war.

Inzwischen hat sich die Herrschaft der kapitalistischen Klasse weitgehend demaskiert. Die „Arbeitsfront“ mit Krupp an der Spitze, der Wirtschaftsbeirat, in dem unter lauter Vertretern des Bürgertums ein einziger und auch nur sogenannter Vertreter der Arbeiter sitzt, waren die ersten äußeren Anzeichen der sich konsolidierenden Kapitalistenherrschaft. Völlige Klarheit schafft das neue Gesetz, das den Unternehmern zum „Führer“ über die „Gelegschaft“ der Arbeiter bestellt und ihm damit eine ähnliche Stellung gibt, wie sie unter dem absoluten Königtum der feudale Gutsbesitzer über seine leibeigenen Hintersassen hatte.

Inzwischen entblödet ein Ley sich nicht, öffentlich zu erklären: Auf seinen Reisen durch Deutschland sei das erhebenste für ihn gewesen, daß keiner der vielen hundert Arbeiter, die er gesprochen habe, ihn danach gefragt hätte, ob er neue Tarife oder Lohnerhöhungen in der Tasche habe. (Die Arbeiter werden wohl gewußt haben, was auf solche Frage erfolgt wäre!) Das sei ihm, Ley, ein Zeichen, daß die Arbeiter keine höheren Löhne, sondern gar nichts anderes wollten als ihre „Ehre“ wiederhergestellt sehen!

Daß solche Redensarten zwar nicht auf die Arbeiterklasse, wohl aber auf das Bürgertum wirken, kann man aus der englischen „Times“ sehen, deren Korrespondent mit einer gewissen Bewunderung berichtet, daß sich jetzt Krupp und Thyssen persönlich und zu Fuß an jeder Demonstration ihres Personals beteiligen müßten. Wobei er nur vergißt, das Entscheidende hinzuzufügen, daß solche Beteiligung gegen früher keinen Stachel mehr hat, weil es ja jetzt Demonstrationen für und nicht gegen die Chefs sind!

Es ist aber Tatsache: Ein paar symbolische Verneigungen, die nichts kosten und keinem weh tun, sind der ganze Preis, den das Bürgertum für die volle Durchsetzung seiner Klassenherrschaft zahlt. Wie das Eintopfgericht des Fabrikanten am ersten Sonntag des Monats die beste Garantie für den Braten der übrigen neunundzwanzig Tage ist, so garantiert der einmalige Fußmarsch mit der Belegschaft den Krupp und Thyssen nicht nur ihr Luxusauto auf allen übrigen Wegen, sondern die restlose wirtschaftliche Ausbeutung derer, denen sie die „Ehre“ des gemeinschaftlichen Spazierganges erweisen. Von dem zweireihigen „Einheitsanzug“ in vier Qualitäten mit und ohne Maßarbeit gar nicht erst zu reden!

Der Nationalsozialismus ist ein ganz fest gefügtes System kapitalistischer Klassenherrschaft. Die völlige Entrechtung der Arbeiterschaft ist getarnt durch äußere „Ehrungen“, die den Arbeitern dargebracht werden und die samt und sonders dadurch charakterisiert sind, daß sie die Ehrenden nichts kosten und den Geehrten nichts einbringen.

Die „Garantie“ Hitlers für die Arbeiter hat sich bereits als völlige Nierte erwiesen. Und sie müßte sich als Nierte erweisen, selbst wenn Hitler ein ganz anderer wäre als der er wirklich ist. Der Sieg des Dritten Reiches, die völlige Zerschlagung der Kampforganisationen des Proletariats, die Beseitigung aller seiner politischen Rechte — sie haben die Machtposition der kapitalistischen Herrschaft dermaßen gefestigt, die tatsächliche Gewalt dermaßen in den Händen der Besitzenden konzentriert, daß kein Einzelner daran etwas zu ändern vermag, er möge so mächtig sein, wie die Phantasie es sich nur ausdenken vermag. Hitlers Macht gilt und besteht nur solange, wie er Vollstrecker des kapitalistischen Machtwillens bleibt.

und Krankheiten verkrachender Schichten, verwirrter Proletarier und sonstiger deutscher Untertanenmassen konstruieren gegenwärtig die Speichellecker und Theoretiker der Hitlererei allerhand nationale Vorzüge aus der Witzlosigkeit den deutschen Ernst und die „deutsche Würde“, aus Bläßgesicht und Bläßkörper, aus Rassellosigkeit die nordischen Rassenmerkmale des Edelgeschlechts. Mangel an Gleichgewicht, an kritischer Vernunft und Selbstzucht dichten sie in mystisch-schöpferische, unberechenbare Urtriebe um.

„Die deutsche Republik war im Begriffe, aus dem Deutschen einen Menschen zu machen, und dies mußte verhindert werden...“

Mit Lüge, Radio, Gummiknüppel und bestialischer Gewalt brauner Banden, die von der Reaktion losgekoppelt wurden. Daraus ergab sich ein organisierter Raubzug gegen „Juden und Marxisten“, durchgeführt mit der Routine gerissener Händlerseelen, vergleichbar nur den korruptesten Bürgerkriegsexzessen in altgriechischer Verfallzeit, von denen Polybios schreibt:

„Man geht gegen diejenigen vor, welche den Demagogen im Wege sind, damit die einen das Gut der anderen an sich nehmen...“

Der Diktator, schließt Rode, ist ein Räuberhauptmann, dem das Gemeinwesen anheim gefallen ist. Gegen solche Weltgefahr müsse von den Verbannten und Verjagten alle aufgerufen, müsse Tod und Teufel mobil gemacht werden. Diese funkelnde Streitschrift, geschrieben von einem Wiener Juristen, zeigt den beklemmenden Eindruck, den das Deutschland von heute bei freihelligen Geistern jenseits der Grenzen macht. Aber so richtig der Seelenzustand eines Teiles dieses Volkes gesehen ist — handelt es sich dabei nicht um den kleineren Teil? Zwanzig Millionen antifaschistischer Wähler sind der Hitlerpsychose nie verfallen, andere erwachten unter der Despotenpeitsche längst aus der Hypnose. Das würde sich sofort deutlicher zeigen, wenn auch nur ein Minimum Redefreiheit da wäre! Vor freien Wahlen zerstöbe die aufgeblasene braune Calibanarie. Und um dem Ausland vorzutäuschen, hinter ihren Verbrechen stünde die Nation, lassen die Hitlers „ihr Volk“ von Nazi-Professoren und feilen Skriben — als gleichentartet, gleichdelirierend, gleichkannibalisch erscheinen. Pensionsberechtigte Calibane, staatsbeamtet und hochdotiert, betrommeln die seidene Hemdbrust und kreischen im Namen eines stumm gemachten Volkes!

Bruno Brandy.

Julius Civilis.

Kriegsgewinnler gestern, heute, morgen

Der Bund Hitler-Thyssen und sein tieferer Sinn

Ein militärischer Mitarbeiter sendet uns die nachfolgende Betrachtung, in der er von seinem Standpunkt aus — dem Standpunkt der nationalen Verteidigung — die materiellen Hintergründe eines gigantischen Volksbetrugs enthüllt.

Das Gesicht des Krieges hat sich grundlegend gewandelt. Das wird allgemein gesehen. Was sich daraus aber an wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen ergibt, wird weniger oder überhaupt nicht beachtet. Und doch ist es so wichtig, daß beispielsweise die deutschen Ereignisse, das Werden der Hitlerdiktatur, der Kampf zwischen NSDAP und Reichswehr usw. ohne das Betrachten der Beziehungen von Krieg und Wirtschaft, Militär und Politik, überhaupt nicht verstanden werden können.

Ein General wird gestürzt.

Daß der General von Schleicher in erster Linie vom Großgrundbesitz und der Schwerindustrie gestürzt wurde und die Wiedergeburt der Harzburger Front ihre wesentliche Ursache im allgemeinen Haß gegen die Politik des Generals hatte, ist bekannt. Weniger aber weiß man, daß dieser Haß eine verflucht materielle Grundlage hatte, und die sogenannte „nationale Erhebung“ ein Akt der widerlichsten Interessenvertretung war, die es vielleicht jemals in der Geschichte gegeben hat. Die lautesten Patrioten, die lärmendsten Nationalisten kämpften gegen den General, weil dieser, die Folgerungen aus dem Weltkrieg ziehend und das Gesetz seines Berufes erfüllend, dazu überging, unter Mißachtung der junkerlichen und schwerindustriellen Sonderinteressen die Wirtschaft und darüber hinaus den gesamten Staat und die Gesellschaft nach den Gesichtspunkten moderner Kriegsführung zu organisieren. Deutschland, das sich in seiner Wehrfähigkeit beeinträchtigt fühlte, mußte bestrebt sein, sich in militärischer Hinsicht auf all den Gebieten zu stärken, wo es überhaupt nicht nach Aufrüstung aussah, aber doch Aufrüstung in der modernsten und denkbar wirksamsten Weise war. Hieraus erklären sich u. a.

Schleichers Verstaatlichungsabsichten

in Industrie und Landwirtschaft. Und die nationalen Erheber? Die haben diese Bestrebungen nicht unterstützt, sondern sich gegen diese Vorbereitungen zur nationalen Erhebung in ihrer Weise „national“ erhoben. Sie schrien wild und laut „Bolschewismus auf dem flachen Lande“, sie lärmten gegen die „Bürokratisierung der Wirtschaft“ und kamen sich nicht lächerlich dabei vor, obwohl ihre Konzerne als Staaten im Staate rein technisch nicht anders als bürokratisch verwaltet werden. Sie schrien: „Wahrung der Privatinitiative!“, als wären sie nur die Besitzer einer kleinen Kneipe in irgendeinem Winkel Deutschlands, nicht aber die Herren mächtiger Aktiengesell-

schaften und durchaus entpersönlichter Konzerne. Man schrie gegen „Planwirtschaft und Sozialismus in jeder Form“, wie sich Geheimrat Duisberg von der I. G. ausdrückte, kämpfte um die Reprivatisierung der öffentlichen Wirtschaft und sabotierte also das militärische Programm der Reichswehr überall und in jeder Form. Aufrüstung — ja! Aber doch nicht um den Preis unserer Herrschaftsstellung! Aufrüstung — ja! Aber doch nicht durch Aufrüstung unserer Macht und unseres Profites! Nein! Planung? Natürlich auch! Wir großen Konzerne planen ja! Und das kann und soll auch ausgebaut werden. Aber wir müssen planen, nicht der Staat! Und das erste Gebot dieser Planung muß der Mehrwert, nicht aber Wehrwert sein. Nieder mit Schleicher!

Hier lagen zwei Strömungen im Kampfe. Und die Frage war: wer frißt wen? Der Staatsapparat, in diesem Falle mit dem Generalstab an der Spitze, suchte die Wirtschaft zu beherrschen, die Wirtschaft ihrerseits suchte den Staat für ihre Zwecke zu annektieren. Die Wirtschaft siegte. Vorläufig. In diesen Blättern wurde, insbesondere in den Artikeln von Dr. Richard Korn, gezeigt, wie die „Entstaatlichung“ und die Ausplünderung des Reiches erfolgte. Die Theorie dazu gab Herr Schmitt, der auf tiefstem Herzen versicherte, daß „jeder Sozialismus an deutschen Menschen scheitern mußte“. Jeder Sozialismus, auch der „feldgraue“, wie man die Bestrebungen Schleichers hier und dort zu kennzeichnen pflegte. Auch sprach man ironisch von „Generalsozialismus“. Heute heißt es „Bolschewismus“. Natürlich!

... und im Kriege?

Alles schon mal dagewesen. Die Weltgeschichte wiederholt sich nur, sagte ein Philosoph, der zweifellos im Unrecht ist, manchmal aber in gewisser Hinsicht recht hat. Denn im Jahre 1917 wurde ein General von denselben Herren gestürzt, die heute in „nationaler Erhebung“ machen. Und die Erhebung gegen diesen General — Gröner ist sein Name! — erfolgte aus denselben Gründen wie die gegen Schleicher, der von Gröner entdeckt und gefördert wurde.

Gröner war zwar nicht Reichskanzler, aber Verantwortlicher des Kriegsaufbaues, dessen Aufgabe es war, die Versorgung von Heer und Bevölkerung sicherzustellen, soziale und den Ausgang des Krieges bedrohende Gegensätze mit abstellen zu helfen usw. Gröner kämpfte im Kriege nicht nur gegen die hohen Löhne, sondern auch gegen die hohen Unternehmergewinne. So forderte er z. B. nach der Unterdrückung des Munitionsarbeiterstreikes 1917, daß der Staat nun auch zur Kontrolle der Gewinne übergehen müsse. Aber was denkt sich denn dieser General! Er hat eine sehr idealistische Auffassung vom Kriege. Was nützt uns denn der Krieg, wenn wir an ihm nicht verdienen können. Also weg mit Gröner!

Und Gröner verschwand! Die Wut über ihn war noch viel größer, als er die Forderung erhob, die lothringischen Gruben zu verstaatlichen, damit der kämpfende Soldat wisse, er kämpft nicht für Sonderinteressen, sondern für Staat und Nation.

Nach Brauweller, einem nationalen Schriftsteller, sollen die Herren der Industrie daraufhin erklärt haben: unter diesen Umständen hätten sie kein Interesse mehr am Kriege!

Es sind dieselben Herren, die sich heute wieder mal national erheben, und es ist einer der kostbaren Witze der Weltgeschichte, daß ausgerechnet sie vorgeben, mit allen Landesverrättern Schluß zu machen. Die spätere Geschichtsschreibung wird dazu bemerken, daß die Landesverräter lärmend brüllten „Haltet den Dieb“. Auf Grund der „Urkunden der Obersten Heeresleitung“ wollen wir noch etwas die Rolle der „Privatunternehmer“ beleuchten.

Hindenburg schreibt am 18. Juni 1918 an den Reichskanzler:

„Es ist nicht möglich, die Regelung der Löhne dem Unternehmertum zu überlassen, wenn die Arbeitskräfte an bestimmte Werke gebunden und ihre Arbeitsleistung durch behördliche Eingriffe auf der Höhe gehalten werden. Vielmehr wird es notwendig sein, die Lohnfrage und in logischer Folge auch die Gewinne des Unternehmertums in staatliche Regelung zu nehmen. Letzten Endes würde damit eine gewisse Militarisierung der Rüstungsbetriebe eintreten, die auch deshalb erwünscht ist, weil sich in manchen Betrieben bereits Gedanken an die spätere Friedenswirtschaft breit machen, die der Kriegswirtschaft durchaus unzutraglich sind (Zurückhalten mit Erfindungen, Fertigung kriegsunwichtiger Gegenstände)...“

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch erwähnen, daß durch meine Vorschläge auch die größere Möglichkeit gegeben ist, endlich an ein wirksames Erfassen des Kriegsgewinns heranzugehen, eine Verbilligung der Gegenstände des täglichen Bedarfs herbeizuführen und auf solcher Grundlage auch die Löhne in der Rüstungsindustrie auf ein Maß zu senken, das dem gesunden Verhältnis der Kosten des Lebensunterhaltes zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten entspricht...“

Das ist praktisch ein staatskapitalistisches Programm. Es konnte im Kriege nicht verwirklicht werden, weil die Widerstände dagegen sehr stark waren. Immer wieder wurden die Forderungen des Generalstabes sabotiert und Ludendorff führt darauf die Niederlage des Krieges zurück. Wenn es so ist, dann kam der „Dolchstoß“ aber nicht von den Gewerkschaften, die in den „Dokumenten der OHL“ recht

gut wegkommen, sondern von den „freien Unternehmern“. An einer Stelle heißt es direkt: „Wolle man eine militärische Kontrolle (über die Unternehmen F. W.) einführen, so seien hiemit die Arbeitnehmer einverstanden, nicht dagegen die Arbeitgeber, die sich militärischen Behörden nicht fügen wollten.“

Ludendorff schreibt am 8. Dezember 1917:

„Die Gewinne in der Kriegsindustrie und der sonstigen Kriegslieferanten sind ganz zweifellos zum großen Teil über jedes gerechte Maß hinaus hoch. Sie kosten dem Staat unermesslich viel Geld. Ich begrüße daher die Bestrebungen zur Einschränkung der Kriegsgewinne... Es ist dabei wohl mit Widerstand seitens der Lieferanten zu rechnen.“

Solche und ähnliche Klagen kehren immer wieder. Unverkennbar ist ein gewisser Gegensatz zwischen Kriegsführung und Wirtschaft. Der Generalstab erreichte seine Ziele fast nie. Ludendorff zog ebenso wie andere Generale entsprechende Lehren aus diesen Erfahrungen. In seinen Erinnerungen schreibt er S. 268:

„Selbstverständlich wäre eine planmäßige, der Größe der Aufgabe gerecht werdende Umstellung unserer Friedensindustrie in die Kriegsindustrie, die schon im Frieden vorbereitet und während der ersten beiden Kriegsjahre planmäßig durchgeführt würde, erheblich besser gewesen, als dieses plötzliche Anschwellen der Kriegsindustrie (durch das Hindenburgprogramm F. W.). Die Oberste Heeresleitung fand aber solche ideale Verhältnisse nicht vor, sondern mußte handeln. Es ist immer dasselbe, vorher geschieht nichts Genügendes, die Kritik tadelt dies, findet aber keine näheren Angriffspunkte. Wird aber etwas geschaffen, entsteht etwas, bildet sich sogar ein mächtiger Bau, dann hat die Kritik etwas, wo sie einsetzen kann...“

Ludendorff hat für sich Folgerungen gezogen: Umbau der Wirtschaft. In seiner nun auch verbotenen „Volkswarte“ hat er die Kriegsnöwendigkeiten zum Programm erhoben. Verstaatlichung gefordert, intensive Landwirtschaft usw. In manchen Fragen kann er aber nicht mehr richtig mit (es geht ihm da wie seinem alten Nebenmann Hindenburg) und so hat er das Weiter- und Zuwendenden, aber auch das mühevollere Verwirklichen dieser Kriegsnöwendigkeiten jüngerer und anpassungsfähigeren Soldaten und Generalen überlassen.

Und die haben erkannt, ähnlich wie Bismarck seinerzeit in bezug auf die Eisenbahn, daß Vereinbarungen, Kontrollen usw. nicht genügen, sondern die Wehrmacht auf dem Umweg über den Staat, den zu repräsentieren sie in Deutschland stets bemüht war, selbst zur Wirtschaftsmacht werden muß. Zu einer Wirtschaftsmacht aber, die in wesentlichen Punk-

finden waren, den furor teutonicus, den preußischen Kommissäbel und die deutsche Gartenlaube mit Witz und Bosheit auf die Seiten seiner Zeitschrift genagelt.

Der Hitlerknabe Hänchen orakelte damals stramm hitlerfeindlich:

„Wie deutsch ein Teil der Tschechoslowakei ist, beweist die Reaktion, die sich mausig macht wie allerorten, auf Hitler schwört und sich rechter als rechts gebärdet.“ („Stachelschwein“, Februar 1927, S. 26.)

Unter seine verantwortlichen Schriftleiterflügel nahm er diese köstliche Studie über den Oberosaf, dem er neuerdings „Mottenpost“-Weltrauch spendet:

„Und der Hitler hat natürlich im Löwenbräukeller gesprochen (Intelligenten ist der Eintritt verboten!). Wer mag ihm nur den guten Plakattext entworfen haben: „Strese-mann, der Kandidat von Frankreichs Gnaden“? Das sah nämlich originell aus und versprach viel überraschenden Blödsinn. Aber ein Schmarren wars. Bleiernde Langeweile senkte sich über alle Hakenkreuze, als der bleiche, leidlich schneidig aussehende Adolf seine endlosen Wirtschaftstabellen ablas und historische Verleumdungen von 1870 bis 1918 ausgrub. Ein gleichgültiges Sammel-surium wirtschaftspolitischer, machtpolitischer und rassenhetzerischer Phrasen. Nebulos. Fadenscheinig. Die hinterhältige Redewendung vom zu erwartenden Dank der französischen Freimaurer machte den alten Kohl auch nicht fett. Und noch vor uns schlichen sich viele unverkennbare Anhänger

Pergamonaltar arisch und Sonstiges

Ein Berliner Kunstfreund schreibt uns:

So verwirrt wie die Ueberschrift, die ich hinsetzte, so verwirrt sind die Vorkommnisse, die zu berichten sind.

Zunächst eine kennzeichnende Anekdote, die man sich in diplomatischen Kreisen erzählt: Ein Botschaftsrat der Türken beschwerte sich bei seiner Mutter, die in Smyrna wohnt, darüber, daß er auf der Berliner Straße des östlichen „als Jude“ angepöbel worden sei. Die Mutter verwunderte sich dessen, weil der Sohn doch tiefschwarze Haare habe. Die Juden Kleinasiens sind überwiegend rotblond. Wie weitland Tuschelda.

Nicht gar so weit von Smyrna liegt Pergamon. Dort wurde vor Jahrzehnten ein grandioser Altar ausgegraben und nach Berlin verfrachtet, wo er seit langem eine Zierde der Museen ist. Zur Besichtigung dieses Werkes wurden im Rahmen der „Kraft durch Freude“ die Belegschaften kommandiert, dazu Stürme und Standarten. Die Einladung vorließ einen Vortrag: Der Pergamonaltar ein Meisterwerk deutscher Arbeit. Denn erstens sei der Altar von Deutschen ausgebuddelt worden und zweitens seien die Leute von Pergamon Arier, auch blond gewesen.

Bei dem Anmarsch zum Masseneid der Arbeitsfront gab es Pappschilder: Post, Finanz, Justiz. Die Beamten der Museen, Theater oder Bibliotheken waren nicht einzeln geteilt worden;

sie sollten unter „Sonstiges“ paradiere. Erst als sie sich weigerten, bekamen sie ein würdigeres Etikett.

Generaldirektor Kummel, Gewicht zwei Zentner, und alle sonstigen Direktoren der Museen und wissenschaftlichen Anstalten treten wöchentlich einmal nicht nur zum Exerzieren auch zu einer Unterweisung an: es wird ihnen von Uniformierten beigebracht, daß die bisherige Gelehrsamkeit eine einzige Fälschung sei, weil (siehe Pergamon) alle große Kunst und Weisheit arischen Ursprung habe.

Justiz, der einstige Direktor der Nationalgalerie, wurde zum zweiten Kustos der Kunstbibliothek beföhlen: das heißt, er muß im Lesesaal Bücher ausgeben und aufpassen, daß die Leser sich gut betragen. Wozu bisher sogenannte „Subalterne“ ausreichten.

Rosenberg, Frick und Schultze-Naumburg haben wieder einmal und wohl endgültig über Göbbels gesiegt. Alle sogenannten „Expressionisten“ werden ausgefegt: Barlach, Nolde (von dem kürzlich Göbbels noch ein Bild kaufte) usw. dürfen nicht mehr öffentlich gezeigt werden. Dem Göbbels wurde sein Assistent Weidemann, ein Mann mit einzigem Kunstverständnis, auf Befehl Hitlers fortgenommen, auch aller sonstigen Ämter entkleidet. Frick heiratete die Tochter des Schultze-Naumburg. Das Niveau der deutschen Kunst ist endlich „total“. Die Berliner Zeitungen zahlen als Honorar für Artikel über künstlerische und wissenschaftliche Themen jetzt fünf bis zehn Pfennige für die Zeile. Schreiben darf nur, wer im Kataster steht. Immer wieder wird Leuten, die sich unbeliebt machen, die

Erlaubnis entzogen. Als kürzlich ein hunds-miserables Stück von Angermayer allgemein abgelehnt wurde, wurden die Zeitungen verwahrt.

Zu Ministerreden, die jetzt meist vor „eleganterem Publikum“ gehalten werden, ergehen Einladungen auf Bitten. Jeder Besucher wird beim Betreten des Hauses genau registriert, damit man sofort feststellen kann, wer etwa sich in der fünften Reihe geräuspert hat, als Hitler sich zum Bayern ernannte oder so.

Dies nur eine kleine Handvoll von Bagatellen, die beweisen, wie Stupidität und geistiger Pauperismus, dazu Intrigen und Korruption sich im Hitlerreich entwickeln. Heil Stumpfsinn!

Das »Stachelschwein« ohne Stacheln

Der literarische Ausbeuter des letzten Sachsengegenigs, der Humorist Hans Reikmann, hat sich das Recht auf die Leitartikel-Honorare der gleichgeschalteten „Berliner Morgenpost“ gesichert. In seiner Jugend Schaiensblüte waren ihm die „Morgenpost“ und ihr Leserstamm nur willkommenen Modelle für seinen Humor. Jetzt schwitzt er in diesem Musterblatt für Vollblutspießer zeilenlang Hitlerne aus. Sein Gesinnungssalto ist nicht von Pappe. Im Januar 1927 begann er mit der Herausgabe der literarischen Monatszeitschrift „Das Stachelschwein“ für die er auch als verantwortlicher Schriftleiter zeichnete. Volle drei Halbjahre haben er und seine Mitarbeiter, unter denen u. a. Karl Schwarz, Erich Weinert, George Groß und Walter Mehring zu

ten (Patentaustausch, Produktionsausbau, Ein- und Ausfuhr, Außenpolitik usw.) von anderen Voraussetzungen ausgehen muß als die private Industrie. Aber zu ihrem Erschrecken war der Widerstand dagegen unerwartet heftig. Die „Privatinitiative“ erneuerte vor Schreck, daß Generalsozialismus siegen könnte, das in- zwischen wieder in die Brüche gegangene Harzburger Bündnis — und der „Frontsoldat“ Adolf Hitler ging mit den Kriegsgewinnern gegen den General!

Die Kriegsgewinnler haben auch an dem Krieg,

der kommt, wieder die größten Verdienste. An der Spitze Herr Thyssen!

Wenn die braunen Herren nicht Subjekt, sondern Objekt ihrer Gesetze wären, wenn sie sich ihnen zu beugen hätten, statt andere sich davor beugen zu lassen, sie hingen zum großen Teil wegen Landesverrat am Galgen. Auch dann schon, wenn es nach den Ehrbegriffen und Rüstungsauffassungen eines modernen Generals ginge!

Aber es geht eben nach den reinsten Privatinteressen der Herren Thyssen und Co. Und das ist ihr Glück, ihre Rettung.

Das Purimfest der Juden

Im Lichte der neuen nationalsozialistischen Forschung

Es hilft nichts! Wenn man den Geist begreifen will, der das neue Deutschland beherrscht, muß man immer wieder zum „Stürmer“ greifen. Man lese aufmerksam, was dieses führende Blatt des Dritten Reiches über das jüdische Purimfest zu erzählen weiß. Es ist kein Spaß! Es ist ernst.

R. d. „N. V.“

Die Juden feiern das Purimfest in der ganzen Welt. Sie feiern es einheitlich und nach bestimmten Richtlinien. Diese sind im Talmud niedergelegt. Dort steht geschrieben:

„Der Jude ist verpflichtet, am Purimfest sich zu betrinken, daß er die fünf Finger an der Hand nicht mehr zählen und Mann und Weib nicht mehr voneinander unterscheiden kann.“ (Orach cajiim 695, 2. Talmud, Me- zilla 7 b).

Der große Haman.

Dem Purimfest liegt ein geschichtliches Ereignis zu Grunde, das ebenso voll ist von Blut und Mord und Fressen und Saufen und Huren, wie dieses sogenannte „Fest“ selbst. Es handelt sich um die Niedermetzelung der Antisemiten im Perserreich zur Zeit des König Xerxes. Der Jude hat diese „Nacht der langen Messer“ und ihre Vorgeschichte fein säuberlich niedergeschrieben. Sie ist nachzulesen im Buch Esther 2. bis 9. Kapitel.

König Xerxes war der gewaltige Herrscher des Perserreiches, das von Indien bis nach Afrika reichte. Er hatte einen Minister, der ihn hervorragend beriet und den er zum obersten Kanzler seines Reiches machte. Dieser hieß Haman. Mit großartigem und scharfem Blick hatte Minister Haman bald unter diesen vielen Völkern eines als das gefährlichste und schädlichste herausgefunden. Es war nicht ein Volk, das wie die anderen in eigenen Lande lebte. Es war das Volk der Juden. Minister Haman hatte erkannt, daß dieses Volk seine eigenen Talmudgesetze hatte. Daß es die Nichtjuden betrog und bewucherte und ausraubte. Daß es überall emporstieg und mächtig wurde und seine Macht ebenso verderblich ausübte, wie es die Juden in Deutschland nach dem Kriege taten. Und ebenso, wie in Deutschland Warner entstanden und den

Juden den Kampf ansagten, ebenso war es ehemals im Perserreich.

Die geile Esther.

Die Juden aber hatten des großen Judengegners Haman Absicht schon seit langem erkannt. Sie wußten, daß Haman unbestechlich war und daß ihn nichts von seinem großen Ziele abhalten konnte. Da machten sie sich an den alternen König Xerxes heran. Seine Leidenschaftlichen peitschten sie auf. Sie verführten ihn zum Trunke und zur Ausschweifung. Die schönsten Jungfrauen holten sie zusammen, darunter eine geile und schamlose Jüdin. Sie hieß Esther und war die Nichte eines jüdischen hohen Beamten. Dieser hatte den Namen Mardocheai. Er war der Gegenspieler des großen Judengegners Haman. Das alte Testament berichtet:

„Und der König gewann Esther lieb über alle Weiber. Und er setzte die königliche Krone auf ihr Haupt und machte sie zur Königin.“

Damit hatten die Juden erreicht was sie wollten. Der König hatte das eigene Volk und Blut verraten, er hatte sich in die Schlingen der Jüdin Esther begeben. Diese umstrickte den Gottvergessenen mit allen Mitteln der Raffinerie. Sie lud ihn ein zu Gelagen und brachte ihn mit Speisen und Trank und Tanz vollständig von Sinnen.

Hamans Tod.

In diesem Zustande der Besoffenheit und der sinnlosen Gier hetzte sie ihn gegen Haman auf:

„Es sprach der König zu Esther, da er Wein getrunken hatte: Was bittest Du, Königin Esther, daß man Dir gebe. Du kannst das halbe Königreich fordern, es soll geschehen. Esther, die Königin antwortete: Hab ich Gnade vor Dir gefunden, o König, so gib mir mein Leben und das meines Volkes. Denn wir sollen umgebracht werden... Da sprach der König: Wer ist der, der solches sinnt? Esther sprach: Der Feind und Widersacher ist dieser böse Haman.“ (Altes Testament: Buch Esther.)

Die Jüdin Esther forderte von dem König, daß er den Judengegner Haman anhängen. Der König tat's.

In derselben Nacht aber brach in ganz Per-

sien der jüdisch-bolschewistische Aufstand aus. Bezahletes Großstadtesel eroberte sich unter Führung der Juden. Sie metzelten alle Judengegner nieder. Es war die „Nacht der langen Messer“.

Das Fest.

Der nächste Tag war ein Freudentag. Die Juden fraßen, saßen und huren und feierten den gelungenen Massenmord.

Die Juden feiern das Purimfest in der ganzen Welt. Und sie werden auch in diesem, wie in jedem Jahre wirkliche Menschenopfer suchen und finden. Denn das sei hier gesagt: Der Nichtjude, der da glaubt, die Juden würden an diesem Tage nur symbolisch handeln ist lächerlich naiv. Es gibt Juden, die schlachten heute noch ihre Opfer genau so ab, wie dies ihre Vorfahren in der Purimnacht taten. Dr. Martin Luther hatte die Juden völlig durchschaut, als er schrieb:

„All ihres Herzens längstlich Seufzen und Sehen gehet dahin, daß sie möchten mit uns Helden umgehen, wie sie zur Zeit Esther in Persia mit den Helden umgingen.“ (Erfanger Ausgabe Bd. 32.)

Die Juden seufzen nicht nur danach, sie handeln auch. Mancher geheimnisvolle Mord, der nicht aufgedeckt werden konnte, ist nichts anderes als ein Opfermord für das Purimfest. Im März des Jahres 1929 (zur Zeit des Purimfestes) wurde in Gladbeck der Primaner Helmut Daube, ein prächtiger blonder Junge, durch Schlächtigkeitsgetötet. Seine Leiche fand man vor dem Hause seiner Eltern.

Und im März des Jahres 1932 (ebenfalls zur Zeit des Purimfestes) wurde die Dienstmagd Kaspar in Paderborn durch die Juden Meyer (Vater und Sohn) ebenfalls geschlachtet und in kleine pfundgroße Fleischstücke zerschnitten. Beide Morde waren Purimfest-Opfermorde. Und Tausende und aber Tausende von Morden könnte man diesen anfügen.

Und wir wissen, der eine große Purimmord, nach dem das ganze Weltjudentum lechzt, ist der Mord an dem Führer und an seinen Kampfgenossen. Die Juden werden sich täuschen. Die große Weltwende ist gekommen. Die Weltwende, in der nicht mehr der Jude, sondern der Arier siegen wird. Dieser Sieg aber, das wissen wir und das ahnt Alljuda: dieser Sieg bedeutet des jüdischen Weltfeindes Untergang.

Wir haben nichts weiter hinzuzufügen, daß dieser Text mit Streichung einiger Stellen wirklich dem Lieblingsblatt des deutschen Führers und Volkskanzlers Adolf Hitler entnommen ist.

Tatsachen gegen Lügen

Seit Jahrestrist spottet der deutsche Rundfunk die immergleichen Verleumdungen gegen Demokratie, Marxismus, „marxistischen Landesverrat“ und die Errungenschaften von 1918. Da wird die Geschichte in einer Weise umgelogen und entstellt, daß sich davon jeder mit Entsetzen abwenden müßte, der die letzten

zwei Jahrzehnte mit durchlebt hat. Aber die braunen Demagogen vertrauen der Vergesslichkeit der Menschen, der Unwissenheit der jungen Generation und den Scheiterhaufen, auf denen die Dokumente der Wahrheit verbrannt wurden. Darum ist es Aufgabe des antifaschistischen Schrifttums, die politischen Tatsachen der letzten Jahrzehnte immer wieder ans Licht zu ziehen und sie den faschistischen Lügen immer wieder gegenüber zu stellen.

Aus diesen Gründen rollt die soeben von Jürgen Rakos im Vertriebe der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei der CSR (Prag, Slezská 13) erschienene Broschüre „Vom Entstehen und Vergehen der Deutschen Republik“ ein Stück Geschichte von 1918 bis 1933 auf. Erörtert die Frage, warum Deutschland den Weltkrieg verlieren mußte, den Kampf der Sozialdemokratie für den Verständigungsfrieden, die Notrufe und dringenden Waffenstillstandsforderungen Hindenburgs und Ludendorffs vom 28. September 1918 — also sechs Wochen vorm 9. November — die Bedingungen Wilsons, zu denen die Forderung gehörte, daß dem deutschen Volke wirkliche demokratische und parlamentarische Rechte gegeben und für die Dauer gesichert werden müßten. Dann folgt die unsagbar schwere, von rechts und links immer wieder befehdelte und sabotierte soziale Aufbauarbeit. Als Hitler den Kanzlerposten übernahm, waren alle Scheunen gefüllt, alle Lager voll — als Ende 1918 die Volksbeauftragten ihre Arbeit begannen, war ein Trümmerhaufen zu liquidieren, lohnte ihnen der Haß der Welt gegen die „Boches“ entgegen. Als der Faschismus die Republik ergaunerte, hatte sie Achtung und Vertrauen der Welt für Deutschland zurückerobert und viel Terrain zurückgewonnen, während dasselbe Land heute, nach einem Jahr Naziregime, wieder allein steht auf weiter Flur und im Osten, im Westen wie im Süden auf die wichtigsten deutschen Belange in aller Form und geradezu landesverräterisch verzichtet hat. Gleichzeitig treibt die Hitlersche Rüstungspolitik trotz aller Friedensbetuerungen auf eine neue Weltkatastrophe zu. Man glaubt nicht, mit wieviel Dummheit ein Volk regiert werden kann!

Der Verfasser belegt seine Ausführungen mit unwiderleglichen Dokumenten, charakterisiert auch das Vorsagen der Republik im Kampfe gegen die Reaktion und die Mitschuld der Kommunisten. Strittig werden einige seiner Auffassungen nur dort, wo er die Fragen sozialistischer Wirtschaftsumgestaltung berührt. So wenn er meint, die Sozialisierung sei schon deshalb gewagt oder unmöglich gewesen, weil jeder Staatsbesitz dem Zugriff der Entente unterlag. Das mag ein Grund gewesen sein, aber viel hemmender war wohl der Umstand, daß die Sozialdemokratie auf revolutionäre Arbeit dieser Art überhaupt nicht vorbereitet war. Ähnlich liegt es mit der Agrarreform. Doch das sind Nebenfragen der Schrift; in ihren Hauptlinien stellt sie die historische Wahrheit den braunen Schwindelkugeln glühend gegenüber, und da die Menschen Vergessmaschinen sind, werden solche Erinnerungen für Alte wie Junge wieder nötig.

B. Br.

zählend hinaus.“ („Stachelschwein“, Juni 1928, S. 9/10.)

Ueber die hakenverkreuzte Elite, deren Sonne jetzt seinen Redaktionssessel erwärmt, spottete er.

Seine Parodiesammlung „Von Karl May bis Max Pallenberg in 60 Minuten“ enthält eine originelle Fassung der Hakenkreuzhymne:

„Blondine saß auf einem Stein
Mit sieben Siegeln!
Blondine saß auf einem Stein
Und putzt ihr Hakenkreuzlein rein!
Blondinchen saß auf einem Stein
Ofropex vobiscum!
Blondinchen kreuzte Bein mit Bein
Und schmetterte die Wacht am Rhein!“

(S. 32/33.)

Hänschen dachte bestimmt nicht dran, was aus ihm noch werden kann, als er den Arier diese Visitenkarte verfaßte:

„Deutschland konfessionell: Ein sehr in- differentes Gebiet, aber immerhin nach eine Art Dreiteilung. Erstens Juden, welche durch Reiben des angeborenen Geldbeutel das deutsche Nationalvermögen vermehren. Zweitens Nichtjuden. Diese schimpfen auf Jüden und beweisen damit ihre Existenz. Drittens Zwitler.“ („Stachelschwein“, Oktober 1927, S. 3.)

Werden sich die Hitleriken jeden Alters und Geschlechtes nicht die Vergämelnichts-Pupillen um 90 Grad verdrehen, wenn ihnen Hänschen zwecks Reinigung der deutschen Moral aus seinen „Stachelschwein“-Werken vorbetet?

„ach rosige Thusnelda
komm auf mein weißes Fell da.“
(Januar 1928, S. 25.)

oder
„sie lag in ihres bettes kute
und schaute mit betrübtstem mute
auf das verlassen Samos hin
mann-her mann her
oder ich fall über michselbst her
aber das hilft ihnen nichts mehr.“
(August 1927, S. 8.)

Die Kostproben gehören zu Hänschens harmlosen Moralbeiträgen für das Dritte Reich. Er kannte die Stelle, wo er sterblich war. Voraussehend hat er sie bedichtet:
„Es ist im Leben malmig eingerichtet,
daß man, von Altersschwäche angeknockt,
höchst ungern auf Bequemlichkeit verzichtet
und kompromißgelaunt am Ofen hockt.
Ach unterm Kaiser Wilhelm wars doch besser!
Wir haben keine Republik gewollt!
Bleibt Sklaven, Byzantiner, Speichelfresser!
Gott schütze unser bißchen Schwarzrotgold!“
(„Stachelschwein“, Mai 1927, S. 29.)

Was bleibt übrig, wenn einem Stachelschwein die Stacheln ausgerissen sind? — Unter dergleichen Wesen, die Hitlers Literatenhimmel zahlreich zieren, wird die deutsche Kultur bestimmt verwesen. Jobs.

Schwiegermutter im Schilderhaus

Oder: Was spielen wir morgen?
Oberpräsident Kube, einer der primitivsten Nazibonzen, hat ein Drama verübt. Was Göbbels nicht kann, kann ich auch, hat er sich gesagt, und wenn er auch dümmel ist wie Isidor

— schlimmer kann sein Kitsch kaum sein. Die arme Berliner Volksbühne aber ist dazu verdammt, den Mist aufzuführen. Die Theater im Reich zittern schon — wenn sie hören, daß wiederum ein brauner Häuptling den Pegasus geschändet hat. Unter den Bühnenleuten geht das Wort um: „Man soll den Führer nicht vorm ersten Stück loben...“

Um finanziell wieder auf die Beine zu kommen und da sie echtes wahrhaftes Leben, wirkliche Gegenwartsfragen ja doch nicht ernsthaft auf den Brettern behandeln dürfen, holen die Direktoren alte Ladenhüter von Schönhaan, Kraatz und anderen verstaubten Schwankdichtern hervor, so daß auf dem Spielplan der blöd-heroische Kitsch mit dem blöd-harmlosen wechselt.

Wie im großen, so im kleinen, nämlich auf dem Lande, wo Wanderbühne und Vereinstheater herrschen. Dort macht man den Städten nach: verlogener platter Heldenkohl neben plattestem Kalauer. Da kann sich selbst die „Literarische Welt“ nicht mehr beherrschen; in einem Aufsatz über Laienspiele fordert sie „kritische Pflege des neuen Laienspiels“ und zitiert einen Bericht über einen „Deutschen Abend“ auf dem Lande. In diesem Bericht heißt es:

Das Programm umfaßte musikalische Darbietungen, Gedichtvorträge, zwei Theaterstücke: „Schlageters Helden-tod“ und „Die Schwiegermutter im Schilderhaus“, Volkstänze und Männerchöre. Eine zu Herzen gehende Ansprache hielt Oberwachtmeister Y.

In vorsichtigen Betrachtungen — man weiß ja nicht, welchen Oberbonzen man als Mittä-

ter beleidigt — nennt das Literaturblatt eine Serie Stücke, die sich auf Dilletantenbühnen tummeln: „Ein alter Soldat der braunen Armee“ — „Das Irrlicht von Moskau“ — „Ein braver Hitler-junge“ — „Ein forsches Hitlermädel“ — „Heil dem Führer“ — „Germanias Auferstehung“... Und so weiter im selben Stile. Schon die Titel offenbaren den immergleichen inferioren und byzantinischen Käse. Auch der naziotische Schluß ist immer gleich: stets fällt der Vorhang über einem von Marxismus Gebalten oder über bekehrten Familien und Dörfern. Die meisten dieser Schmarren haben, wie die L. W. bemerkt, Pg's zu Verfassern, „die dies besonders auf dem Titelblatt vormerken...“ Und immer sei das Zeug nach einem einzigen Rezept verfertigt:

Man nehme das Horst-Wessel-Lied, das Deutschlandlied, den Gruß Heil Hitler, dazu dann die braune Uniform und einige Sentenzen von Aufbau und Neubau, gebe dem ganzen eine flache blasse Sprache und dann hat man ein „Vaterländisches Spiel.“

Von diesem Rezept lebt im Dritten Reich alle „Geistigkeit“: die großen wie die kleinen Dramenschmerant, die nationalen Rundfunkreden, die Festreden, das ganze Gesabere des Erneuerertrosses. Die Schwiegermutter im Schilderhaus ist dieser tierischen Humorlosigkeit und lebensunwahren Krampflichkeit immer noch durch so etwas wie naive Kaisererei überlegen.

B. Br.

„Das ist doch der Minister Göbbels. Was sucht er denn so flieberhaft am Erdboden?“
„Was er sucht? — Menschenkinder, seine arische Erbmasse.“

Die Hitlermilliarde

Tribut des Volkes für die braune Privatarmee

Unser statistischer Mitarbeiter versucht, die vielerörterte Frage zu beantworten, welche Kosten die Privatarmee Hitlers dem deutschen Volke verursacht. Da es im Dritten Reich eine öffentliche Rechnungslegung nicht gibt, Belege entweder nicht existieren oder sorgfältig verborgen gehalten werden, ist eine andere Methode als die der Wahrscheinlichkeitsrechnung nicht möglich. Das sich dabei ergebende Gesamtergebnis von mehr als einer Milliarde RM. scheint keineswegs zu hoch gegriffen!

Red. d. „N. V.“

Vor kurzem hat der „Führer“ wieder einmal den übrigen „Führern“ einen Treueid abgenommen. Und bei dieser Gelegenheit erfährt man, daß es in der nationalsozialistischen Partei heute die Kleinigkeit von einer Million „Führern“ gibt. Diese Million „Führer“ leben auf Kosten ihrer Sklaven. Sie treten und werden von den Getretenen bezahlt. Und wie bezahlt! Was könnte man alles in Deutschland für die Riesenbeträge tun, die für den Unterhalt der Nationalsozialisten gezahlt werden! Gäbe es einen wahrhaften Etat im Dritten Reich, so würde der Posten „SA- und SS-Besoldung“ zweifellos die höchste Summe aufweisen.

Es ist sicher interessant, dem Führer einmal nachzurechnen, wie viele Millionen er seiner Privatarmee und seiner Partei zuschätzt.

Offiziell zählt die nationalsozialistische Partei trotz der Million Führer heute im ganzen drei Millionen Mitglieder. Darin sind allerdings die Arbeitsdienstler sowie die Hitlerjugend nicht enthalten, wohl aber die heute 900 000 Mann umfassende bewaffnete Garde der SA und SS. Das „stehende Heer“, also die aktive SA und SS, die keinerlei andere Arbeit und daher Verdienst hat als den Truppendienst, muß vom Staat besoldet werden, da die privaten Spenden natürlich nur einen Tropfen auf einen heißen Stein bedeuten und die Parteigelder nicht im Entferntesten für eine Entlohnung, geschweige denn für eine Erhaltung der Parteiliste ausreichen.

Es gibt heute 600 000 SA- und 300 000 SS-Leute im Dauerdienst. Von der SA bezieht nach den Mitteilungen des „SA-Mann“ vom 21. Januar mehr als die Hälfte keinerlei Vergütung für ihre Dienste. Sie bezahlen sogar ihre vorgeschriebenen Beiträge und kommen für ihre gesamte Ausrüstung (mit Ausnahme der Bewaffnung) auf. Unterstellt man das als wahr, so müßten dennoch knapp 300 000 SA-Soldaten erhalten werden. Der SA-Mann der „alten Garde“ (Parteimitglied Nr. 1—100 000) — es gibt 20 000 SA „alte Garde“ — erhält nebst freier Kost heute noch 2 Mark pro Tag. Das sind 40 000 Mark pro Tag.

Die übrigen 280 000 Mann bekommen nebst freier Kost nur 50 Pfennige, das sind 140 000 Mark pro Tag. Der größte Teil der SA bezieht außerdem auch noch die reguläre Arbeitslosenunterstützung.

Bei der SS liegen die Verhältnisse deshalb günstiger, weil die Angehörigen der SS zum großen Teil den begüterten Ständen angehören, und aus diesem Grunde nur etwa 25 Prozent der SS entlohnt werden. In der SS machen 7000 von der „alten Garde“ Dienst. Sie erfordern 14 000 Mark pro Tag. Die anderen 68 000 Mann erhalten zusammen 34 000 Mark täglich. Rechnet man den Gestehungspreis der Kost pro Tag und Mann mit niedrig gerechnet (Gefängnisatz) 60 Pfennigen an, so ergibt sich für die 375 000 Mann SA und SS ein Aufwand von nochmals 225 000 Mark. Das würde eine tägliche Ausgabe für die nationalsozialistische Privatarmee von (40 000 + 140 000 + 14 000 + 34 000 + 225 000 Mark =) 453 000 Mark bedeuten.

Im Monat sind das 13 590 000 Mark!

Das ist aber noch lange nicht alles, was Hitler an Beträgen für seine Parteigarde benötigt. Da kommen nun die „Führer“. Vor allem die der SA und SS. Ein Truppführer erhält 1,50 Mark. 8000 besoldete Truppführer gibt es, macht 12 000 Mark täglich oder 360 000 Mark monatlich. Ein Sturmführer bekommt 2,50 Mark. 2500 besoldete Sturmführer sind vorhanden, macht 6250 Mark täglich oder 187 500 Mark monatlich. Ein Staffelführer erhält 200 Mark monatlich, 1200 werden besoldet, macht 240 000 Mark pro Monat. Ein Standartenführer bekommt 350 Mark, macht bei 600 Standartenführern 210 000 Mark monatlich. 300 Sturmbannführer à 500 Mark bekommen 150 000 Mark

im Monat, ein Gauführer ist mit 600 Mark dotiert, macht bei 100 Gauführern 60 000 Mark, 20 Gruppenführer kosten 14 000 Mark monatlich. Hinzu kommt die Oberste SA- und SS-Führung, der Röhm und Himmler mit ihren Adjutanten angehören. Sie verschlingt ebenfalls 150 000 Mark pro Monat.

Die gesamte Führerschaft der SA und SS erfordert also jeden Monat 1 371 500 Mark!

Weniger genau ist zu errechnen, was die Führung und Erhaltung der Hitlerjugend kostet. Man weiß nur, daß die Hitlerjugend über ungefähr 8000 besoldete Führer verfügt, die zusammen wohl monatlich weit über 1/3 Million Mark verschlingen. Die Verpflegung, Reisespesen, Ausrüstungen usw. für die Hitlerjugend kann man niedrig gerechnet mit 3 Millionen Mark ansetzen.

Bedeutend kostspieliger ist die Bewaffnung der SA und SS, die Anschaffung und Erhaltung der Fahrzeuge, die Reisespesen usw. Einen Fingerzeig für diese Kosten gibt die Abrechnung der Standarte 17, die im Monat November für derartige Spesen eine Summe von 172 000 Mark verrechnete.

Davon werden über 220 Millionen für Besoldungen ausgegeben! Was würden selbst die 122 Millionen der nationalsozialistischen Partei bei dem Verbrauch von über 1 Milliarde Mark pro Jahr für die nationalsozialistischen Wehrformationen spielen? Wieviel hätte da der Staat draufzuzahlen? 900 Millionen Mark! Fast genau soviel, als das neue Defizit im Etat des Deutschen Reiches ausmacht.

Da wird das Geld verpulvert, das man den Arbeitern groschenweise abzapft!

Für nichts ist Geld da im Dritten Reich, alles wird gesenkt, die Löhne, die Unterstützungen,

Geben und Nehmen

Der Gemeinderat Dettingen in Württemberg hat es zu einer Rekordleistung im Byzantinismus gebracht. Er hat nämlich beschlossen, jedem Brautpaar bei der standesamtlichen Trauung Hitlers Buch „Mein Kampf“ als Geschenk zu überreichen.

Diese Großzügigkeit im „Idealen“ Spenden scheint jedoch nicht überall im Dritten Reich vorhanden zu sein. So erlebte der Hitlerkult an einer Leipziger Berufsschule einen Reifall, der zeigt, daß die werktätige Jugend doch noch nicht ganz vernagelt ist. Es handelt sich nämlich um eine Vernagelungsaktion. Nach dem bekannten Muster des „eisernen“ Hindenburg werden jetzt Hitlerjüngendbilder zum Vernageln gespendet und die Nägel dazu werden in den Klassen verkauft. In einer Leipziger Berufsschule war das Ergebnis von vier Beutezügen 30, 17, 12 und 3 Pfennige.

Das Landesfinanzamt Unterelbe versteht es jedoch besser, dem Mangel an ideeller Opferwilligkeit beizukommen. Es handelt sich in diesem Falle um die Betreibung der Kirchensteuern. Die Pfändung, die man in mehreren Proletarierhaushalten veranlaßte, rief großen Unwillen hervor. Um dem in Zukunft zu entgegen, läßt man von jetzt ab die Kirchensteuer direkt vom Lohn abziehen.

Gott will sterilisieren!

Im „Mitteilungsblatt des Amtes für Volkswohlfahrt im Gau Düsseldorf“ schreibt Herr Dr. Robert Friedrich unter der schwungvollen Überschrift: „Der Herrgott will es!“ über die Sterilisation:

„Manche Pfarrer erklären, der Herrgott wolle nicht, daß wir die Minderwertigen und Erbkranken unfruchtbar machen... Darauf gibt es nur eine Antwort. Die Geschichte der letzten vierzehn Jahre hat bewiesen, daß nicht alle Priester den Willen des Herrn richtig verstanden haben... Und darum meine lieben Mitarbeiter, gehen Sie frisch an Werk... setzen Sie für dieses hohe Ziel alle Ihre Kräfte und Ihren ganzen Idealismus ein, und gehen Sie mit der unerschütterlichen Ueberzeugung ans Werk: „Der Herrgott will es!“

Würde man diese Zahl als Durchschnitt annehmen, so erhielte man für diese Posten eine Gesamtausgabe von 66 Millionen pro Monat.

Alle Sammlungen für die SA und SS ergaben im Jahre 1933 laut Veröffentlichung im „SA-Mann“ 72 Millionen Mark, wobei man bedenken muß, daß gerade das Jahr 1933 ein besonders ertragreiches für derartige Sammlungen gewesen ist und daß eine solche Summe wohl in keinem anderen Jahr mehr erreicht werden wird. Das nationalsozialistische Parteivermögen betrug im Jahr 1933, nachdem es noch Ende 1932 ein Passivsaldo von rund 20 Millionen aufwies, nach eigenen Angaben Göbbels 50 Millionen Mark. Das wären also mit den Sammlungen zusammen 122 Millionen Mark gewesen, eine enorme Summe! Von den Parteigeldern aber mußte doch der sehr kostspielige Parteiapparat und die vielen, vielen tausenden „Führer“ bezahlt werden. Was konnte da schon für die SA und SS übrig bleiben? Und wenn schon alles nur für die Truppe verwendet worden wäre, wie weit hätte das gelangt? Man rechne:

	monatlich Mark	jährlich Mark
Entlohnung für SA- und SS-Männer	13 590 000	163 080 000
Entlohnung für SA- und SS-Führer	1 371 500	16 458 000
Kosten der Hitlerjugend	3 500 000	42 000 000
Spesen (Bewaffnung, Anschaffungen, Reisen, Verpflegung usw.)	66 000 000	792 000 000
jährlich		1 013 538 000

die Renten, nur nicht die Gehälter der braunen Bonzen und die Preise. Und warum? Damit man eine Privatarmee von 900 000 Mann halten kann, mit deren Hilfe einerseits eine Tyrannei verankert wurde, wie sie die Weltgeschichte noch nicht erlebte, andererseits Deutschland wieder durch und durch militarisiert wird. Eine Milliarde Mark stiehlt Hitler jährlich dem deutschen Volk, eine Milliarde verpufft das arme Deutschland das nicht einmal die Zinsen für seine Schulden bezahlen kann, in die Luft, eine ganze Milliarde Mark! Das ist der unermessliche Tribut des deutschen Volkes für Hitler, es ist eine innere Reparationslast!

Man sieht, die Mahnung des sterbenden Valentin „Laß unsern Herrgott aus dem Spaß“ wird auch dort nicht beherzigt, wo der Spaß etwas grausam wird.

Reich mir noch einmal dein Füßchen . . . !

In der in Kassel erscheinenden „Hessischen Landeszeitung“ schmückt sich ein angeblich bekehrter „Revolutionär“ über seinen Gesinnungswechsel folgendermaßen aus: „Ich brauche es Euch ja nicht zu sagen, aber es treibt mich. Ich muß es förmlich! Als ich zu Hause wegging, war ich Kommunist, heute bin ich überzeugter Nationalsozialist. Darum sage ich: „Man muß dem Führer die Füße küssen!“

Soll der Unglückliche tun, was er offenbar nicht lassen kann. Was wir Menschenfreunde als Wunsch ihm auf den Weg geben können, ist dies: daß Adolf sich vorher die Füße waschen möge!

Schonfrist

Noch kein Festanzug für Arbeiterinnen. Der Leiter des Organisationsrates der Deutschen Arbeitsfront gibt bekannt.

Um alle Differenzen zu klären, die in der Frage der Kleidung für alle weiblichen Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront aufgetreten sind, wird hiermit verfügt, daß für alle weiblichen Angehörigen der Deutschen Arbeitsfront und der Reichsbetriebsgruppen eine einheitliche Uniformierung nicht vorgesehen ist. Es bleibt den Mitgliedern selbst überlassen, sich dem deutschen Charakter entsprechend bei allen Anlässen zu kleiden.

Der Festanzug für Arbeiterinnen — das kommt erst beim nächsten Ankurbelungsversuch mit untauglichen Mitteln! Es ist eine letzte Reserve.

Deutscher Buchhandel

Kasernenhoibefehle in der Literatur.

Ein gänzlich unbekannter Skribent des Dritten Reiches hat ein Propagandabuch zusammengestellt. Freiwillich wird es niemand kaufen, darum werden die Buchhändler mit terro-

ristischen Befehlen bedroht. Die „Reichsstelle zur Förderung des deutschen Schrifttums“ schreibt:

„Dieses Buch ist als wichtige Waffe der Regierung im Kampf um die Erneuerung des Denkens auf Wunsch des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda von allen deutschen Buchhandlungen sofort in den Mittelpunkt ihrer Werbung zu stellen.“

Das unterzeichnete Amt muß verlangen, daß der Buchhandel die Bedeutung der ihm hier in dieser Art erstmalig gestellten Aufgabe richtig erkennt. Im Geiste einer neuen Gemeinschaft ist die gesamte Front des Buchhandels zum Vertrieb eines Buches einzusetzen. Hier hat jeder Deutsche Buchhändler zu beweisen, daß ihm sein Beruf Verpflichtung und Aufgabe zugleich ist. Die Ueberwachungsstellen der Reichsstelle sind zum Bericht angehalten.

Es geht nicht an, daß Sie hinter dem Ladentisch warten, bis der Kunde das Buch bei Ihnen verlangt. Weiter — das Buch muß das ganze Jahr an bevorzugter Stelle im Schaufenster aller Buchhandlungen zu sehen sein. Buchhandlungen, die Beziehungen zum Ausland pflegen, müssen es als ihre Ehrenpflicht betrachten, in systematischer Vertriebsarbeit für das Werk im Ausland Absatz zu finden. Nehmen Sie im Sinne dieses Schreibens Ihre Arbeit unverzüglich auf. Der Verlag wird uns über die Tätigkeit des Buchhandels zu berichten haben.“

Wenn das Publikum den Schmöker ablehnt, werden die Buchhändler ihn auf eigene Kosten aufkaufen müssen, damit ihnen nicht die Bude zugemacht wird! So wird in Deutschland Literatur gemacht!

Schützt das nordische Rindvieh!

Der preußische Landwirtschaftsminister hat das Seine getan, um eine Verjudung des nordischen Haustieres zu unterbinden. Er hat jetzt an sämtliche Regierungspräsidenten und Polizeipräsidenten ein Rundschreiben gerichtet, in dem er dringend vor Benutzung des bekannten Tuberkulose-Heilmittels des jüdischen Professors F. F. Friedmann bei der Erkrankung von Haustieren warnt. Das Mittel, so erklärt der Landwirtschaftsminister kühn, sei völlig wertlos, ja vielleicht sogar schädlich.

In der medizinischen Fachwelt wird über das weltbekannte Friedmannsche Mittel seit Jahren leidenschaftlich pro und contra debattiert. Es aber, weil jüdisch, als „völlig wertlos“ zu bezeichnen, blieb einem aufgenordeten Rittergutsbesitzer vom Genieformat des Herrn Darré vorbehalten!

Front des Geistes

Beachtenswerte neue Veröffentlichungen.

Im Querido-Verlag, Amsterdam ist ein Buch von Albert Einstein, Mein Weltbild erschienen. Das Buch enthält politische Glaubensbekenntnisse des Verfassers, es ist eine Sammlung von Aufsätzen und Reden. In der Weltühne Nr. 12 beschäftigt sich Ludwig Marcuse mit dem Schicksal der Abiturienten von 1934.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: „Graphia“; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40, (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung: (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.— (24.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.018 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (0.96).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift „Neuer Vorwärts“, Karlsbad Prag 46.149. Oesterreich: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: „Neuer Vorwärts“, Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“, Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51-005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.